

# Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei  
in der tschechoslowakischen Republik.

4. Jahrgang.

Dienstag, 26. August 1924.

Nr. 201.

Bezugsbedingungen:

Bei Zustellung ins Haus oder  
bei Bezug durch die Post:

monatlich . . . . . Ks 16.—  
vierteljährlich . . . . . 48.—  
halbjährig . . . . . 96.—  
jährig . . . . . 192.—

Rückstellung von Manu-  
skripten erfolgt nur bei Ein-  
sendung der Reformmarken.

Erscheint mit Ausnahme  
des Montag täglich (rwb).

## Deutsch-tschechische Verständigung?

Als im Verlaufe der jetzt in der tschechischen Presse so lebhaft geführten Diskussion über die Lösung der Streitfragen zwischen Deutschen und Tschechen Genosse Stibin im „Pravo Lidu“ sich mit der Frage des Eintrittes Deutscher in die Regierung beschäftigte und erklärte, den Eintritt tschechischer Sozialdemokraten ablehnen, weil er eine Verstärkung des reaktionären Elementes brächte, während der Eintritt der deutschen Sozialdemokraten in die Regierung, der der Koalitionspolitik eine sozialere und fortschrittlichere Richtung geben würde, zu begrüßen wäre, da konnten wir uns damals auf den kurzen Hinweis auf unsere bekannte Stellung zu dieser Frage beschränken. Seitdem aber wurde die Diskussion fortgesetzt. Die „Tribuna“ hat auf den Zusammenhang zwischen den Änderungen in der Weltpolitik und den inneren Verhältnissen in der Tschechoslowakei verwiesen und festgestellt, daß die Anbahnung normaler Verhältnisse zwischen Deutschland und Frankreich zuerst die Tschechoslowakei zu verspüren bekommen werde. Da werde man mit dem „Bonfuit“ nicht mehr das Auslangen finden. Damit ist deutlich gesagt, daß das deutsch-tschechische Problem nicht auf die lächerliche Frage eingengt werden kann, ob die gegenwärtige Regierungskoalition sich mit der ihr im Abgeordnetenhause und im Senate zur Verfügung stehenden Mehrheit fortsetzen kann — das war für die „Tschechoslowakische Korrespondenz“ die wichtigste Frage, als auch sie im Verlaufe der Diskussion das Wort ergriff! —, sondern daß es ein Staatsproblem ist, das wichtigste Staatsproblem, für die Tschechoslowakische Republik, von so ungeheurer Bedeutung, wie es die nationale Frage für das alte Oesterreich war.

Daß die Beilegung des nationalen Streites ein Lebensinteresse der Republik ist, stellte auch das „Pravo Lidu“ in einem am 20. August unter dem Titel „Die Nationalisten und das Volk“ erschienenen Aufsatz des Genossen Mlody fest. Die Zeit zur Diskussion über die Möglichkeiten der Lösung des deutsch-tschechischen Problems sei gekommen, denn die Deutschen seien bereits lokale Staatsbürger geworden, der tschechische Tourist, der in den von den Deutschen bewohnten Gebieten reist, komme sich dort nicht wie in der Fremde vor, sondern wie zu Hause, so wie in rein tschechischen Bezirken. Es gebe kein „geschlossenes deutsches Gebiet“ mehr, die deutschen Teile Böhmens seien so durchsetzt vom tschechischen Element, daß jeder Ruf deutscher Politiker nach Selbstverwaltung absurd sei.

Hat Genosse Mlody, als er diese Beobachtungen machte, nie an die Methoden dieser „Durchsetzung“ gedacht, an jene Methoden, die er im weiteren Verlauf seiner Betrachtungen als „fascistische“ ablehnt? Ist ihm nicht zum Bewußtsein gekommen, daß diese ständige systematische „Durchsetzung“ die Gegensätze zwischen den Nationen, so oft sie mildere Formen annehmen, immer wieder verschärfen müssen, und daß sie, ganz abgesehen von dem von jedem Volke als selbstverständlich empfundenen Rechte auf Selbstverwaltung, auch immer wieder das Verlangen nach nationaler Autonomie kräftigen muß. Allerdings mußte die Feststellung, daß das Verlangen nach Selbstverwaltung, das von allen deutschen Parteien erhoben wird, „absurd“ ist, herhalten, um einer nationalen Verständigung ohne Gewährung der Selbstverwaltung das Wort reden zu können. Denn daß die Versöhnung notwendig ist, wird zugegeben.

„Zwar“, die Verständigung ist notwendig; es ist nicht möglich, daß beide Nationen offiziell einander meiden, gleich zwei streitenden Brüdern. Die Verständigung der Tschechen und Deutschen ist ein Lebensinteresse der Republik, und je früher es dazu kommt, desto besser für

## Die Sozialdemokraten fordern die Reichstagsauflösung.

Hilferding in der Reichstagsdebatte gegen die politischen Hazardentre.

Berlin, 25. August. Nachdem dem Aestestenaussschuß ein kommunistischer Antrag überwiesen worden war, ob zur entscheidenden Abstimmung über die Gutachtenese auch die sonst von den Sektionen ausgeschlossenen Abgeordneten zugelassen werden sollen, trat das Haus in die Besprechung der Regierungserklärung ein, verbunden mit der ersten Beratung über die Gutachtenese.

Abg. Bergt (Deutschnat.) erklärt: „Wir müssen unserem Wählerkreis Ausdruck geben gegenüber dem Londoner Verhandlungsergebnis, gegenüber dem vorliegenden Gesetzen und Ministerreden vom Samstag. Gab es nicht Möglichkeiten innigerer politischer Zusammenarbeit mit der nationalen Opposition zum Zweck einer erfolgreicheren Außenpolitik als bisher? Was soll der Ausländer für Respekt vor Deutschland haben, was für ein Vertrauen zu Deutschland, wenn die deutschen Verhältnisse in der Form des wirtschaftlichen Ruins Deutschlands dargestellt werden, wie es durch den Reichsfinanzminister geschehen ist! Unsere nationale Opposition war die größte Stärkung für die deutsche Delegation in London. Ihr hat sie die Erfolge zu verdanken, die sie in gewissem Umfang erreichte. Das Ausland legt den größten Wert auf eine freiwillige Unterschrift der deutschen Delegation. Den Deutschnationalen bleibt kein anderer Weg, als die Ablehnung aller Gutachtenese.“

Nach Bergt sprach  
Genosse Dr. Hilferding

unter anderem folgendes: „Das Londoner Verhandlungsergebnis ist keine Lösung vom Standpunkte der Arbeiterschaft. Trotz aller Mängel des Gutachtens bietet es aber die einzig unmittelbare Möglichkeit einer Lösung. Wir sehen darin nicht ein definitives Ende, sondern den Anfang zu neuen Verhandlungen. Diese sind aber erst möglich, nachdem wir das Ergebnis der Londoner Verhandlungen an-

genommen haben.“ Hilferding polemisiert sodann gegen Bergt, hebt in diesem Zusammenhang die durch das Londoner Ergebnis geschaffene Lage gegenüber der Feindzeit durch das Londoner Ultimatum geschaffenen hervor und erklärt: Das Gutachten bietet uns die Möglichkeit zu weiterer Friedensarbeit. Immer stärker wird überall der Einfluß der breiten Massen, die den Frieden wollen. Die Deutschnationalen, die ihn ablehnen wollen, ohne andere Wege zu zeigen, handeln nicht als verantwortliche Opposition, sondern als Hazardentre. Durch eine Ablehnung würde der Reichstag die öffentliche Meinung der ganzen Welt gegen Deutschland einnehmen und Deutschland isolieren. Hilferding schließt sodann mit den Worten:

„Dieser Reichstag mit seinem kommunistisch-deutschnationalen Bloch ist arbeitsunfähig. Er muß weg!“

Der Wahlkampf muß den Entscheidungslampf bringen. Dieser Reichstag spielt nicht mehr die Meinung des Volkes wider, er ist reif zur Auflösung. Wir wollen kämpfen und wir werden siegen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Raas (Zentrum) betont, alle Parteien seien einig darin, daß das Londoner Verhandlungsergebnis mit den berechtigten Forderungen des deutschen Volkes nicht übereinstimme. Zweifellos seien aber in London unbestreitbare Verbesserungen erreicht worden. Die Opposition habe keine besseren Wege zeigen können.

Trotz schwerster Bedenken gegen die Durchführung des Dawesquachtens in einzelnen Teilen, werden meine Freunde die Haltung der Regierung billigen und die Vorlagen annehmen. Der Illusionspolitik der Deutschnationalen im besetzten Gebiete werfen wir uns mit aller Energie entgegen.

Abg. Frau Goltz (Ruth-Fischer: Kom.) be-  
antwortet ein Bündnis mit Rußland, indem sie bemerkt, der Vertrag Rußlands mit England

zeige, wieviel mehr England im Gegensatz zu Deutschland erreicht hat.

Dr. Curtius (deutsche Volkspartei): Wir werden einstimmig die Regierungsvorlage annehmen. Allerdings erfüllt die Kontrolle der Entente unser Volk mit Bitterkeit, aber die Reichsregierung hat keine andere Stellung einnehmen können. Unbefriedigt sind wir vor allem, weil die Räumung erst nach Jahresfrist geschieht, aber wenigstens hat Herrriot immer wieder erklärt, daß alle Fristen nur Maximalfristen sind. Abg. Curtius führte weiter aus, die Räumung der Dortmunder Zone bedeute eine wichtige erste Etappe der Abrüstung. Es ist die Aufgabe unserer Regierung, dahin zu wirken, daß recht bald die weiteren Etappen folgen.

Abg. Wulle (Nationalsozialist) charakterisiert das Londoner Abkommen als ein zweites Versailles, das unbedingt abgelehnt werden müsse.

Erstgenz (Demokrat): Wir Rheinländer sind den Herren, die in London verhandelt haben, zum allergrößten Danke verpflichtet. Wir wünschen eine klare Stellung der Regierung zum Völkerbunde und der Abrüstungsfrage im Sinne der Denkschrift von Schidling-Montglas. Das Londoner Abkommen betrachten wir als eine wichtige Etappe auf dem Wege zu einer besseren Zukunft. Neben diesem Reparationsabkommen brauchen wir ein zweites Reparationsabkommen zwischen den deutschen Arbeitgebern und Arbeitnehmern.

Hierauf wies Reichskanzler Marx einen Angriff Bergts gegen die Person des Reichspräsidenten in entschiedener Weise ab. Bezüglich des Vorwurfs, den Bergt der Regierung machte, daß sie die Schuldfrage nicht entschieden genug behandelt, erklärte Marx u. a.: Wir sind der Meinung, daß nur auf dem Wege streng historisch-wissenschaftlicher Forschung ein entsprechendes Ergebnis möglich ist.

Der Reichskanzler führte weiters aus, die Regierung billige das Gutachten in der Hoffnung, daß es auch wirtschaftliche Verbesserungen bringen werde. Sie sei voll und ganz gewillt, das Gutachten mit aller Loyalität und aller friedfertigen Gesinnung auszuführen.

Nach den Rednern der bayerischen Volkspartei, der Wirtschaftspartei und der Deutschnationalen, vertagte sich das Haus auf Dienstag 11 Uhr zur zweiten Lesung der Gutachtenese.

den Staat. Wir können nicht dauernd übersehen, daß es in unserer Republik eine so große Anzahl Angehöriger der deutschen Nation gibt und nur ein blinder Nationalist könnte meinen, daß es möglich ist, die verdeutschten Gebiete der Tschechoslowakischen Republik auf gewalttätige, fascistische Weise neuerlich zu tschechisieren. Versöhnen wir uns mit der Tatsache, daß die Deutschen da sind und bestreben wir uns, daß es außer der Verschiedenheit der Sprache keine anderen Unterschiede zwischen ihnen und uns gebe. Das deutsche Volk ist loyal, aber so müssen auch seine Führer werden und jener Teil der deutschen Intelligenz, welcher aus egoistischen Motiven bisher nicht verstanden hat, daß die Zeit seiner Privilegien in Oesterreich-Ungarn völlig verschwunden ist. Unter den Deutschen sind viele wirklich gebildete, begabte und fleißige Leute. Wenn sie sich von der Zusammenarbeit mit den Tschechen anschließen, schaden sie nur sich selbst.“

Das Bemühen des Artikels, das Verhältnis zwischen Deutschen und Tschechen so zu sehen, wie es wirklich ist und der Versöhnung zwischen beiden Nationen zu dienen, soll nicht gering geachtet werden, und es soll jedes Wort, das zur Milderung der Gegensätze beitragen kann, begrüßt werden. Es wäre schon viel gewonnen, wenn die Erkenntnis, daß die Millionen Deutscher, die es in diesem Staate gibt, nicht mit fascistischen Methoden regiert werden können, und daß die Tschechisierung „des verdeutschten Gebietes“ nicht möglich ist, daß die Verständigung zwischen den Nationen ein Staatsinteresse ist, einmal Gemeingut des ganzen tschechischen Volkes würde. Aber das ist noch lange nicht der Weg zur Versöhnung, zu sagen: Das deutsche Volk ist loyal, aber seine Führer sind es noch nicht. Denn die Führer — damit meint man doch die Politiker — sind ja doch Willensträger des Volkes. Dieser Wille mag mitunter irreführend sein, — dann wird er mit der Zeit durch neue Erkenntnisse korrigiert werden. Dieser Wille ist

aber immer mehr oder weniger der Wille bestimmter Gesellschaftsklassen. Der Grad des Nationalismus der deutschbürgerlichen Parteien wird bestimmt durch das Interesse der Klassen, welche diese Parteien vertreten. Wenn der Bund der Landwirte verständigungs-bereiter ist als jene Parteien, denen heute noch die meisten Intellektuellen angehören, so ist dies darin begründet, daß der deutsche Bauer die Tschechisierung weniger zu fürchten hat als der deutsche Beamte, weil er nicht von seinem Boden verdrängt werden kann und darin, daß die Teilnahme an der Regierung den deutschen Agrariern mannigfache wirtschaftliche Vorteile bringen würde. Wenn aber alle deutschen Parteien den Ruf nach Selbstverwaltung erheben, so darf man darin doch nicht bloß den Ausdruck mangelnder Loyalität und der Trauer um verlorene Privilegien sehen, sondern muß zur Erkenntnis gelangen, daß alle Teile der deutschen Bevölkerung davon durchdrungen sind, daß die Beilegung des Streites zwischen den Nationen nur dadurch möglich ist, daß man jeder Nation innerhalb des Staatsganzen das volle Eigenleben und die Selbstverwaltung sichert, um so die Reibungsflächen zwischen den Nationen zu vermindern, die Ursachen nationaler Konflikte, die sich bei Beherrschung des Staates durch eine Nation doch immer wieder ergeben müssen, zu beseitigen.

Und nun fragen wir, wohin eine Diskussion führen soll, die der eine Teil damit beginnt, daß er die Notwendigkeit konkreter Forderungen des anderen Teiles als Verhandlungsgrundlage anerkennt, diese Forderungen aber, da sie sich in seine Ideologie nicht einfügen, als lächerlich und undiskutabel bezeichnet. Die tschechischen Parteien, und vor allem die tschechischen Sozialdemokraten, kennen die Forderungen der deutschen Parteien, und insbesondere jene der deutschen Sozialdemokraten sehr wohl. Sie wissen, daß unsere Forderungen

in unseren Parteiprogrammen, Parteitagebeschlüssen und Parteifundgebungen auf das Genaueste ungeschrieben sind; die tschechischen Sozialdemokraten wissen, daß die deutschen Sozialdemokraten von tschechischer Seite im Grunde genommen nichts anderes wollen, als die tschechischen Sozialdemokraten von österreichischer Seite gefordert haben, und es kann daher, was wir heute verlangen, nichts Unsozialistisches sein. Aber alles das ist ja, da es von deutscher Seite vom tschechischen Staat gefordert wird, nach der Meinung des „Pravo Lidu“ undiskutabel und lächerlich. Und damit sind wir auch schon am Ende der Diskussion angelangt. Denn wenn alle unsere Forderungen undiskutabel sind und tschechische Forderungen überhaupt nicht vorliegen, worüber soll dann geredet werden?

Zwar wird auch auf tschechischer Seite zeitweilig von der Verständigung zwischen den Nationen gesprochen, aber noch niemals wurde darüber etwas Bestimmtes gesagt oder auch nur der leiseste Versuch gemacht, die Verständigung zwischen den Nationen anzubahnen. Solange aber das nicht geschieht, solange keine tschechische Partei sich ernsthaft, anders als in allgemeinen, unverbindlichen Redensarten, mit dem nationalen Problem, der Lebensfrage dieses Staates, beschäftigt, solange können die Zeitungsansätze, auch wenn sie die Wichtigkeit des Problems erkennen, doch nicht zu seiner Lösung führen, solange sind wir leider von ernsthaften Versuchen, es wirklich zu meistern, noch weit entfernt, und solange ist leider auch, was für uns das Schmerzlichste ist, die Schaffung einer Kampfgemeinschaft mit den Proletariern aller anderen Nationen in diesem Staate, die erste Voraussetzung fruchtbringenden sozialistischen Kampfes und erfolgversprechender proletarischer Arbeit, erst Wunsch und Sehnsucht.

# Die internationale Arbeiterbildungskonferenz in Oxford.

Von Ernst Nießlich.

Die Verneinerung des Wissens, die Verachtung der Bildung der Arbeiterschaft ist eine der wesentlichsten und bedeutungsvollsten Maßnahmen, die der Befreiung des Proletariats dienen; sie und schärft wurde diese Erkenntnis in dem Tag formuliert, daß Wissen Macht sei. Die vorwärtsstrebende Arbeiterschaft fast aller Industrieländer hat sich seit vielen Jahren bemüht, fruchtbar und erspriehliche Arbeiterbildungseinrichtungen zu schaffen. In Belgien besteht seit 1911 die Arbeiterbildungszentrale, die sich auf die belgische Arbeiterpartei, die Gewerkschaftskommission, den Landesverband der Gewerkschaften und die Föderation der sozialistischen Versicherungsgesellschaften stützt, Kurse und Vorträge organisiert, die Arbeiterhochschule. Ueile seit 1921 unterhält und etwa 210 Bibliotheken verwaltet. Großbritannien hat seit 1903 seine Arbeiterbildungsvereinigungen, in denen über 30 Gewerkschaften vertreten sind; schon vorher, 1899, war das Ruskin-College in Oxford entstanden, dessen Geschäft von einem Rat geführt werden, der sich aus Vertretern des Generalrats des Gewerkschaftsbundes, des Allgemeinen Gewerkschaftsbundes und des Verbands der Arbeiterclubs und -Institute zusammensetzt. Das Ruskin-College ist ein Internat für Arbeiterstudenten; die dort veranlasseten Kurse dauern ein bis zwei Jahre. Die erwähnte 1903 gegründete Arbeiterbildungsvereinigung schloß sich 1920 mit anderen Körperschaften (Eisenbahn-, Büroangestellten, Generalrat des Gewerkschaftsbundes u. a.) zu einem gewerkschaftlichen Arbeiterbildungsrat zusammen, für das 17 Bezirksbildungssekretäre tätig sind. Etwas im Gegensatz zu diesem Arbeiterbildungsrat wurde vom linken Flügel der englischen Arbeiterbewegung 1908 die „Reds League“ und 1921 der „Nationalrat der Arbeiterhochschule“ gegründet; diese Körperschaften stehen hinter dem Konföderationsunternehmen, das dem Ruskin-College zur Seite gestellt wurde, der Arbeiterhochschule in London, die 1909 ins Leben trat. Dazu kommen in Großbritannien noch Bildungsbestrebungen des Gewerkschaftsverbandes (mit einer eigenen Genossenschaftshochschule), eine schottische Arbeiterhochschule (1916) und die 1862 gegründete Gesellschaft der Arbeitervereine und Institute. Arbeiterbildungseinrichtungen sind aber auch vorhanden in Dänemark (seit 1924), Frankreich (seit 1920), Luxemburg (1921), Italien (1921), Österreich (1900), Palästina (1920), Polen (1920), Schweden (1910), Schweiz (1920), Tschechoslowakei (1897 beziehungsweise 1919), Vereinigte Staaten (1916) und seit einiger Zeit in Indien. Deutschland hat seit 1906 seine Reichsarbeiterbildungszentrale.

Zu reichhaltig dieses Arbeiterbildungsweesen ist, so zerstückelt ist es auch. Es fragt sich, ob nicht eine gewisse Einheitlichkeit, ein gegenwärtiger Gedankenaustausch, eine nützlichere Verwertung von Erfahrungen auf internationaler Grundlage erreicht werden könnte. Vorbereitende Beratungen fanden bereits vor zwei Jahren in Brüssel statt. Dort wurde ein provisorisches Komitee eingesetzt. Die Vorarbeiten dieses provisorischen Komitees waren inzwischen so weit gefördert worden, daß der Internationale Gewerkschaftsbund in Amsterdam für den 15. bis 17. August nach Oxford eine internationale Arbeiterbildungskonferenz einberufen konnte. Wie stark das Bedürfnis nach dieser Konferenz war, zeigte ihr Besuch. 26 Nationen waren vertreten; aus Britisch-Guinea fand sich Genosse Crichlow,

ein hochintelligenter und temperamentvoller Regier ein, der die dortige schwarze Arbeiterschaft organisiert hat. Genosse Ebban kam aus Indien, Genosse Mc. Gelland aus Kanada, Genosse Crouch aus Australien, Genosse Hanotoko aus Japan, Genosse Smallwood aus Neufundland. Die Vereinigten Staaten hatten sich mit ungefähr acht Delegierten eingeschrieben; Großbritannien hatte hervorragende Gewerkschaftler und Genossenschaftler (Brown, Macintosh, Burden, Barcell, Branck) entsandt. Aus Deutschland waren Vertreter des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, des Reichsarbeiterbildungsausschusses, des Deutschen Textilarbeiterverbandes, der Berliner Gewerkschaftsschule und des Leipziger Arbeiterbildungsinstituts, von der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der Tschechoslowakei war Genosse Dr. Josef Luitpold Stern erschienen. Mit bekannter Gastfreundschaft nahmen die englischen Gewerkschaften die Gäste auf.

Zum Weiter der Verhandlungen wurde Genosse Mertens-Belgien, der Vizepräsident des Internationalen Gewerkschaftsbundes, gewählt; zu Verhandlungssprachen wurden deutsch, englisch und französisch bestimmt. Die Tagesordnung war überaus inhaltsvoll. Brown vom F. O. B. berichtete über die bisherigen Schritte des Provisorischen Komitees und über den Stand der Arbeiterbildung in den verschiedenen Ländern. Spencer Miller aus den Vereinigten Staaten behandelte die Frage des Austausches von Arbeiterstudenten und Referenten zwischen Arbeiterhochschulen. Er forderte vom Austauschstudenten Sprachkenntnis und einen gewissen Grad geistiger Reife. Dr. Weber-Schweiz unterbreitete Vorschläge über die Errichtung eines internationalen Instituts für Arbeiterpsychologie. Deljunc-Belgien vertrat in einem Referat die Auffassung, daß die Arbeiterhochschulen Internate sein sollten. Weimann-Deutschland sprach über den Aufbau einer internationalen Arbeiterhochschule; er empfahl, in dieser Schule Kurse abzuhalten, die jeweils immer von Studenten aus einem Sprachgebiet besucht sein sollten. Den Referenten folgten anregende Diskussionen; die Meinung der Kongreßteilnehmer über die behandelten Probleme wurde in Resolutionen zusammengefaßt, die fast regelmäßig einstimmig angenommen wurden.

Unter der Zahl der Beschlüsse finden sich zwei von ganz besonderer Wichtigkeit. Alle Delegierten waren der Ansicht, es solle ein internationaler Arbeiterbildungstag (nach Art z. B. des Antikriegstages) veranstaltet werden; er soll Verstandnis für die Fragen der Arbeiterbildung innerhalb des Proletariats der ganzen Welt erwecken und die Opferbereitschaft für geistige Güter beleben.

Der Höhepunkt der Konferenz aber war die einhellige Willensherabgabe, eine Arbeiterbildungsinternationale ins Leben zu rufen. Der Wortlaut dieses folgenschweren Beschlusses ist:

„Zur Unterstützung der Arbeiterbildungsorganisationen in den verschiedenen Ländern sowie im Interesse der Vereinhaltung ihrer Wirksamkeit beschließt die Internationale Arbeiterbildungskonferenz die Gründung einer Internationalen Föderation von Arbeiterorganisationen, die sich mit dem Problem der Arbeiterbildung befassen. Die Konferenz erachtet zu diesem Zweck ein internationales Bildungskomitee das den Auftrag erhält, im Einvernehmen mit dem Internationalen Gewerkschaftsbund Statuten für eine internationale Arbeiterbildungsföderation aufzustellen. Diese sollen einer vom Komitee anzuberaumenden Gründungskonferenz unterbreitet werden.“

Dieses Komitee stellt eine Verkörperung des Willens dar, die Arbeiterbildung mit Ernst und Eifer in allen Staaten und Kontinenten zu fördern; es ist der Ausdruck eines bewundernswürdigen kulturellen Weltbildes des Weltproletariats. Der Kampf gegen geistige Verdummung, geistige Knechtschaft soll international durchgeführt werden; die wirtschaftliche und politische internationale Einheitsfront der Arbeiterschaft wird ergänzt durch die kulturelle.

Diese internationale Stärkung und Veredlung des proletarischen Kulturwillens ist ein Ergebnis dieser Konferenz, dessen Auswirkungen in der Zukunft heute noch gar nicht übersehen werden können.

## Die Konferenz der interparlamentarischen Union.

(Eigenbericht.)

Unter zahlreicher Beteiligung von Parlamentariern aus 25 verschiedenen Ländern und vier Parteien begann am 22. d. M. die 22. Konferenz der I. U. in Bern. Unsere Partei ist durch die Genossen Dr. Heller und Dr. Hollitscher, die deutsche Partei durch Genossen Löbe und die Genossen Schroeder und Reiche, die tschechoslowakische Sozialdemokratie durch Genossen Sibi in vertreten. Außerdem sind Genossen aus der Schweiz, Dänemark, Schweden, Polen, Lettland, Jugoslawen, Belgien und zahlreichen anderen Ländern anwesend.

Der erste Tag brachte die Begrüßungen und geschäftliche Mitteilungen und Beschlüsse. Die Debatte über den Bericht des Büros leitete der amerikanische Abgeordnete Burton in einer längeren Rede ein, in welcher er die Geschichte der Union und deren Aufgaben, die Förderung aller pazifistischen Bestrebungen eingehend erörterte.

Zodann sprach der tschechoslowakische Nationaldemokrat Dr. Brabe, dessen Ausführungen von jenen seiner Parteigenossen Kramar, Lukovsky usw. wesentlich abweichen. Er überströmte von Versicherungen der Friedensebe, verglich die Tschechoslowakei mit der Schweiz und gab der Hoffnung Ausdruck, daß auch bei uns die nationalen Verhältnisse geregelt werden, wozu es allerdings noch längerer Zeit bedürfen werde. Er schloß unter dem rauschenden Beifall der Tschechen und Rumänen.

Der Ungar Lukacs brachte die Beschwerden der Ungarn vor und sprach gegen das Unrecht, das den Minderheiten in den Nachfolgestaaten zugefügt wird.

Unter der größten Aufmerksamkeit und von wiederholtem stürmischem Beifall unterbrochen, sprach Genosse Löbe (Deutschland) über das Londoner Abkommen und die aus diesem hervorgehenden besseren Aussichten für den Frieden der Welt. Er verlangte ein Schiedsgericht für jene Streitigkeiten, welche im besetzten Gebiete (Rheinland) entstehen. Mit ungemein warmen Worten verteidigte Genosse Löbe das Recht der deutschen Minderheit in der Tschechoslowakei und das Recht der Deutschen Österreichs auf ihre Selbstbestimmung, indem er den Ausführungen Brabes entgegentrat, dem er Mangel an Aufrichtigkeit vorwarf.

Nach dem Rumänen Belka sprach Dr. Medinger, der in scharfer Weise gegen die bisherige Tätigkeit des Völkerbundes polemisierte und für eine engere Verbindung zwischen dieser Institution und der Interparlamentarischen Union eintrat. Er verlangte für diese das Recht der Initiative und Kontrolle, während der Völkerbund die ausführende Gewalt sein solle. Die I. U. soll insofern das Welt-Hinterhaus bilden. Der Völkerbund habe bisher insbesondere in der Minderheitenfrage völlig versagt.

Dr. Wilfar (Ziwen aus Triest) sprach in ungemein vorsichtiger, ja ängstlicher Weise über die Verhältnisse in Italien, wo ja die faschistische Methode auch auf die Minderheiten angewendet wird.

Senator Dr. Ledebour sprach über den Völkerbund, wobei er die sonderbare Ansicht aussprach, daß die Beschwerden der Minderheiten nicht vor die I. U., sondern vor den Völkerbund gehören. Herr Dr. Brabe nicht befriedigt. Er fordert die Schaffung eines nach Art und Zahl abgestuften Minderheitsrechtes durch Juristen, indem er der nicht minder sonderbaren Anschauung Ausdruck gibt, es handle sich zumeist um juristische und nicht um politische Fragen.

Die Rede des Genossen Dr. Heller bringen wir weiter unten.

Der französische Radikale Merlin und der ehemalige Reichsfanzler Dr. Witt betonten für ihre Länder, daß nur die Demokratie in stande ist, den Frieden zu sichern.

Nachdem noch mehrere Redner gesprochen hatten, wurde die Konferenz zu vorgerückter Stunde vertagt.

Der amerikanische Gesandte überreichte einen Brief des amerikanischen Präsidenten Coolidge, in welchem die Union eingeladen wird, im kommenden Jahre ihre Konferenz in Washington abzuhalten.

## Die Rede des Genossen Dr. Heller.

Der Bericht des Herrn Generalsekretärs hebt mit großer Schärfe die Aufgabe der Union — die Herbeiführung des Friedens und die Mittel hierfür — die Erweiterung des schiedsgerichtlichen Verfahrens, dessen obligatorischen Charakter und die Abstützung hervor. Dank dem Siege der großen Demokratien Frankreichs, Englands und Deutschlands erzielen diese Bestrebungen der Union gerade jetzt Fortschritte, welche noch vor kurzem niemand erhofft hätte. Ich glaube, daß der endliche Sieg des Friedens nur möglich sein wird, wenn wir alle die Interessen Einzelner und auch der Staaten den gemeinsamen Interessen der Menschheit und der Menschlichkeit unterordnen. In diesem Sinne begrüße ich die Worte Mister Burtons, der vor übertriebenem Nationalstolz warnte. Erfolge können wir aber, wie Herr Wilfar treffend ausführte, nur dann haben, wenn die Beschlüsse, welche wir hier fassen, für uns bindend sind, sobald wir ihnen zustimmen und in diesem Sinne fassen wir den Art. XIII der gestern beschlossenen Geschäftsordnung auf. Es bestünde sonst die Gefahr, daß der phantastische Gleichklang der Worte Resolution und Illusion in bezug auf unsere Beschlüsse zu einer Gleichstellung in der Bewertung der Deffentlichkeit führen könnte.

Auch wir — die deutschen Sozialdemokraten der Tschechoslowakei — nehmen den Bericht im allgemeinen zur Kenntnis, müssen aber einige Vorbehalte machen. Wenn der Bericht davon spricht, daß ungerechte Teilungen der Angehörigen der gleichen Nation nicht mehr existieren, so können wir diesen Standpunkt auch mit der Einschränkung, welche ihm der Bericht beifügt, nicht teilen, weil er den Tatsachen widerspricht. Die Friedensverträge haben zahlreiche Nationen von der Gewalt Herrschaft befreit, sie haben alles Unrecht beseitigt; sie haben aber vielfach neue Unrecht geschaffen. Wir sind dem Kollegen Löbe ungemein dankbar für seine klaren Worte und heben hervor, daß wir deutschen Sozialdemokraten uns stets für die Befreiung des Unrechtes und die Gleichstellung der Nationen im Wort und Tat eingesetzt haben. Wir werden aber unter keinen Umständen den kulturellen und geistigen Zusammenhang mit dem gesamten deutschen Volke aufgeben. Wir müssen bemerken, daß der Bericht über die Frage der Minoritäten, die doch zwei Konfe-

# 8 Der libirische Gevrek.

Roman von Frank Heller.

Copyright by G. Müller, München.

Oder sie liegen sich auch genügend lange im Maruffell fahren. Ich glaube schon, daß es melancholischen Menschen, die die Kränze bekamen, schwerfiel, still zu sitzen und zu grübeln, und daß die Leute, die vier, fünf Stunden ununterbrochen Maruffell fuhren, ein bißchen erregt wurden, aber ich möchte sehen, was aus dem Doktor würde, wenn er seine eigene Art durchmachen müßte!

Gerd Lyman hörte leicht erkannt zu. Hatte Professor Reudenthal auf Grund von psychopathia vagans Einspernung ordiniert, so hatte er sich unlenkbar eines großen Rückfalls in die Weltweiden früherer Zeiten schuldig gemacht. Und eines, der ihm teuer zu stehen kommen konnte. Im übrigen war es eigentümlich, daß ein geisteskranker Mensch, der behauptete, vom Nordpol zu kommen und davon sprach, in achtzig Sekunden rund um die Erde zu reisen, so weit logisch deduzieren konnte, wie der Bärtige freilich, sein Vorstellungsleben brauchte ja nicht mehr als praktisch gestört zu sein.

„Jetzt“, sagte der Bärtige und beugte sich vertraulich zu Gerd Lyman vor, „jetzt ist noch eine Sache, die Sie ordnen müssen.“

„Was denn?“ fragte Gerd Lyman, während ihm ein Schauer über den Rücken lief. Was wollte dieser besessene Mensch von ihm? Sollte er ihm helfen, Professor Reudenthal zu ermorden? Vermutlich.

Antworten Sie mir zuerst auf eines und antworten Sie mir ehrlch“, sagte der Bärtige. „Sie gefallen mir. Gefallen ich Ihnen?“

„Sie haben mir vom ersten Moment an gefallen“, rief Gerd Lyman.

„Gleich vom ersten?“ sagte der Wahnsinnige erstaunt. „Aber ich habe Ihnen doch am Haarse hochgeht!“

„Das macht nichts“, versicherte Gerd Lyman großzügig.

„Sie gefallen mir immer besser und besser. Das sage ich Ihnen ganz aufrichtig. Na, dann sind wir also gute Freunde?“

„Die besten von der Welt.“

„Das ist schön gesagt, wirklich schön. Nun, verstehen Sie, wenn ich jetzt in Danzig ausgehe, dann werde ich hoffig genommen. Die haben sicher Leute gegen mich mobilisiert. Goldschmidt — dieses Biest — und der Professor — er weiß, was er zu erwarten hat. Aber das macht nichts, da sie mein guter Freund sind. Ich überliste sie! Ich gehe nicht in Danzig herum! Ich bleibe bei Ihnen!“

Gerd Lyman erbleichte. Das überstieg seine ärgsten Befürchtungen.

„Sie bleiben bei mir?“

„Ja, haben Sie etwas dagegen?“

Gerd Lyman dachte blüßschnell. Wenn es etwas auf Erden gab, was er absolut nicht wollte, so war es das Zusammensein mit diesem Exemplar des Menschengeleschtes auch nur eine Sekunde über das Notwendigste hinaus zu verlängern. Um ihn loszuwerden, war er zu allem bereit. Lüge, Meinel, ja Wort. Aber er war ohnmächtig. Der Narr war ihm an Körperkraft weit überlegen, und für Gerd Lymans geistige Ueberlegenheit war er blind. Gerd Lymans Namen, hatte keine Spuren in Bewußtsein des Narren hinterlassen. Aber die Finger des Narren desto tiefer an Gerd Lymans Hals. Was in aller Welt sollte er tun?

„Ja, was denn?“ sagte der Wahnsinnige mit mildem Stönen. „Ich dachte, Sie sagten doch, wir wären gute Freunde. Wollen Sie nicht eine so einfache Sache für mich tun, wie mich bei Ihnen zu verbleiben?“

„Gewiß will ich es! Ich wünsche nichts schuldlicher!“

„Aber es kam mir so vor, als ob sie mit der Antwort zögerten.“

Gerd Lyman kam die Eingebung nach der er gesucht hatte.

„Nur in Ihrem eigenen Interesse. Das hier ist ein Hotel — ich begreife nicht, wie Sie es verhindern wollen, daß die Dienerschaft etwas erfährt, wenn sie aufräumt.“

Der Narr sah sich um.

„Ein Hotel“, murmelte er niedergeschlagen.

„Ein Hotel! Das ist eine andere Sache.“

Gerd Lyman glaubte sich beinahe gerettet, als der Geistesranke auf das Fenster wies.

„Die Dienerschaft braucht mich nicht zu sehen, ich gehe aufs Dach hinaus.“

„Dann sehen Sie die Nachbarn.“

„Die glauben ich bin ein Dachdecker — nein, ich weiß schon! Der Schrank dort drüben! Ich verstecke mich im Schrank!“

„Sie verstecken sich im Schrank“, wiederholte Gerd Lyman. Aber wo wollen Sie schlafen? Hier ist nur ein Bett.“

„Ich steige auf dem Boden. Sie können mir doch einen Posten leihen?“

„Sie liegen auf den Boden“, wiederholte Gerd Lyman niedergeschlagen. Aber das Essen? Wie sollen Sie zu essen bekommen?“

„Sie sind so voll Einwände“, sagte der Wahnsinnige vorwurfsvoll. „Man könnte rein glauben, Sie wollen mich los sein! Warum können Sie mir das Essen nicht heraufkommen lassen?“

Gerd Lyman sah die Rolle, die er zu spielen hatte.

„Weil“, sagte er, „alles was man aufs Zimmer kommen läßt, bar bezahlt werden muß. Und ich bin arm. Ich habe last gar kein Geld.“

„Nein, wissen Sie was, ich würde Sie für unhöflich erklären, wenn Sie nicht komisch wä-

ren“, rief der harte Mann und sah seinen Wirt mitteilend an. „Was glauben Sie denn eigentlich von mir? Glauben Sie, ich will mich einem armen Schinder wie Ihnen aufdrängen und Sie für mich bezahlen lassen?“ Haben Sie schon vergessen, daß ich Ihnen zwanzigtausend von meiner Million verprochen habe? Zwanzigtausend! Was ich verspreche, das halte ich auch.“

„Ja, gewiß“, sagte Gerd Lyman und sah unwillkürlich das Trüffelstück des bärtigen Mannes an, das vor Alter spiegelblau war.

„Ja, ich bin Ihnen auch furchtbar dankbar, aber —“

„Aber was? Trauen Sie meinem Worte nicht?“

„Doch, gewiß, natürlich, aber es kann ja eine Zeit dauern, bis Ihre Million kommt, und unterdessen“, Gerd Lyman bestimmte erbleichend. „Wie konnte er die Sache so anpacken? Wenn ein Mann von der festen und beseligenden Vorteilung durchdrungen ist, Kaiser der Sahara, Milliarden oder das höchste Wesen zu sein, hat die Umwelt nur eine Sache zu beachten: sich dieser Bahnvorstellung zu beugen. Es ist nichts gefährlicher, der Löwin ihr Junges zu rauben, als den Besessenen den Glauben an seine Millionen, seine Kaiserkrone oder seine göttlichen Eigenschaften. Das wußte er, und trotz alledem hatte er gesagt, was er gesagt hatte. In einer Vision sah er seinen Hals in einem Schraubstock von Fingern, und er war schon im Begriff, um Hilfe zu schreien, mochte kommen, was da wollte. Aber seine Befürchtungen waren unbegründet. Sein geisteskranker Gast hob die Hände, doch nur, um sich auf die Knie zu schlagen und in ein lautloses Gelächter auszubrechen.“

„Bis meine Million kommt! Sie sind der lächerlichste Mensch, den ich seit Jahren getroffen habe. Glauben Sie denn, eine Million kommt von selber?“

(Fortsetzung folgt.)

renzen so intensiv beschäftigt, mit wenigen, zum Teile aufsehenswerten Vorträgen hinweggeleitet. Dies hat seinen guten Grund. Seit der Kopenhagener Konferenz ist die Lage der Minderheiten keine bessere, vielmehr eine schlechtere geworden. Vorbildlich und zur Zufriedenheit gelöst ist diese Frage nur in Dänemark und Finnland, deren Minderheitsverhältnisse in freier Vereinbarung mit den Minderheiten deren Verhältnisse geregelt haben. Selbstverständlich ist diese Frage längst überwunden in der freien, demokratischen Schweiz.

Es gibt Länder, in denen die Stellung der Minderheit von ihrer Stellung zur jeweiligen Regierung abhängig ist, ein unserer Ansicht nach unhaltbarer Zustand. Wenn die Minorität die Regierung unterstützt, so werden die Forderungen wenig gelockert; tritt die Minderheit in Opposition, so werden sie angezogen. Ich verweise hier auf Jugoslawien.

Ueber die Lage in Italien hat Kollege Wilfar gesprochen und die zurückbleibende Art, in welcher er hier sprechen mußte, ist doch ungemein beschämend. Ueber Italien wird übrigens noch von berufener Seite gesprochen werden.

Ich komme nun zu dem Lande, dessen Bürger wir sind, zur Tschechoslowakei. Ich habe im vorigen Jahre in Kopenhagen unsere Räte und Beschwerden der Union zur Kenntnis gebracht und muß zu meinem Bedauern feststellen, daß sich seither nicht das geringste zum Besseren, vieles zum Schlechteren geändert hat.

Die vorjährige Resolution verlangt von uns Loyalität gegenüber dem Staat. Wir haben uns vom ersten Tage an auf den Boden gegnerischer Laftachen gestellt. Die den Staat bewohnenden Nationen erfüllen alle ihre Pflichten ihm gegenüber.

Aber der geforderten Loyalität seitens der Bevölkerung muß die Loyalität seitens der regierenden Faktoren gegenüberstehen, von der die Minderheiten bei uns sehr wenig verspüren. Gewiß — die Worte des Herrn Kollegen Brabec haben anders, freundlicher gestungen, als wir bisher von dieser Seite zu hören gewohnt waren und wir sind geneigt, das als einen bescheidenen Fortschritt anzusehen. Aber wir möchten, daß den Worten Taten folgen und daß die guten Vorsätze nicht mit dem Verlassen dieses schönen Hauses und dem Ueberschreiten der blau-weißen Grenzpfähle vergessen werden.

Herr Dr. Brabec meint, daß es auch bei uns zu einer Einigung kommen werde, daß aber der Weg dahin ein langer sei. Ich stelle in dieser Bemerkung gern das Anerkennung fest, daß die derzeitigen Zustände einer Remedur bedürfen. Auch das ist ein Fortschritt, denn bisher mühten wir oft hören, die Regelung der Minoritätenfrage in der Tschechoslowakei sei eine endgültige, sozusagen eine res judicata. Herr Dr. Brabec sprach mit einem Anflug von Begeisterung davon, daß es gelungen ist, große und wichtige Fragen auf den Weg des Schiedsgerichtes zu verweisen. Wir wünschen, daß mehr und mehr die Erkenntnis platzgreife, daß auch die Fragen der Minderheiten dort, wo eine Einigung nicht erfolgt, durch Schiedspruch Unbeteiligter gelöst werden. Diesen Ausspruch stützen wir darauf, daß diese Fragen keine innerstaatlichen sind, sondern solche, die den Frieden der Welt gefährden und deren Regelung somit ein Gesamtinteresse aller ist.

Der Weg zur Einigung — meint Herr Dr. Brabec — ist ein langer. Nun, die Herren von der tschechischen Mehrheit haben den langen Weg von Prag über Wien und Kopenhagen nach Bern gebraucht, um wenigstens zu etwas freundlicheren Worten zu gelangen. Hoffen wir, daß der doch um so vieles längere Weg von Bern nach Washington lang genug sein wird, um von Worten zu Taten zu kommen. Wir wünschen nichts schneller, als daß wir Ihnen im nächsten Jahre in Washington mitteilen können: Bei uns in der Tschechoslowakei ist die Frage der Minderheiten geregelt. Die Tschechoslowakei ist mit der Schweiz, mit Dänemark und Finnland der Vierte im Bunde!

### Hopsenpflücker und Hopfenbauern.

#### Ein deutschböhmisches Sozialbild.

Wer in diesen Tagen auf den Saazer Bahnhöfen zu tun hat, vermerkt in eine kleine Völkerverwanderung hineingeraten zu sein. Ganze Lastzüge bringen wertvolle Menschenfracht, Gruppen steigen aus und werden einwaggoniert, Juruse schwirren hin und her, Dialekte klingen durcheinander, kurzum, es herrscht bewegtes Wandertreiben.

Wohin ziehen die verhärmten Frauen, die schlechthinährten Kinder, die halbwüchsigen, ärmlich gekleideten Burden und Mädels, die zahllosen arbeitsfähigen Arbeiter? Etwas in eine Sommerfrische, die auch den Armen offen steht? In die weltberühmten Heilbäder Deutschböhmens, die den Kranken aus allen Erdteilen Erholung und Genesung bieten? Sie sind doch so nahe und die Reise- und Bäder Saison ist doch in vollem Gange...

Solch neugierige Fragen kann nur ein Fremder, Uneingeweihter stellen. Der Einheimische weiß schon, was das ist: Hopfenpflücker sind, die aus nah und fern herbeiströmen, weil es bei einer willkommenen Saisonarbeit einige Kronen zu verdienen gibt. Zur Zeit der Hopfenernte (Hoppen nennen die Bodenständigen das Gewächs, das im Saazer Land und besonders im Goldbachtal so vortrefflich ge-

## Die Deutschnationalen lehnen ab.

Berlin, 25. August. (Wolff.) Reichstag. Namens der Deutschnationalen gab Bergl eine Erklärung ab, in der er sich gegen die Londoner Verständigung wendet. Bergl schloß: „Den Deutschnationalen bleibt kein anderer Weg, als die Ablehnung aller Gutachtenssätze.“

\* \* \*

### Donnerstag letzte Entscheidung.

Berlin, 25. August. Die im Vordergrund des politischen Interesses stehende Frage, ob die Deutschnationalen dem Londoner Pakt zustimmen oder wenigstens das Zustandekommen derselben nicht verhindern werden, ist auch durch die heutige Rede des Führers der Partei, den Abgeordneten Bergl, nicht restlos beantwortet worden. Zwar hat Bergl kein Hehl daraus gemacht, daß er nach allen Richtungen hin unzufrieden ist mit der Haltung der deutschen Delegation und mit dem gegenseitigen Ergebnis und hat auch erklärt, daß seine Partei infolgedessen den Londoner Pakt als unannehmbar betrachte. Als aber später ein Zwischenruf die direkte Frage stellte, ob denn die Abstimmung freigegeben würde, antwortete man aus den Reihen der Deutschnationalen, daß noch niemals ein Fraktionszwang bei den Deutschnationalen nötig ge-

wesen sei. Diese Antwort ist vieldeutig und deshalb geht in den Wandlungen des Reichstages die Debatte darüber fort, ob die Deutschnationalen durch Abkommandierungen oder Stimmenthaltungen vielleicht doch das Londoner Abkommen zustandekommen lassen werden oder nicht.

Die größere Wahrscheinlichkeit spricht allerdings zur Zeit für die Reichstagsauflösung, weil mindestens vierzig Deutschnationalen Reichstagsmitglieder zur Zweidrittelmehrheit erforderlich wären und man nicht glaubt, daß soviel aufzubringen sein werden. Immerhin hat sich der Bergl ausdrücklich die letzte Entscheidung für Donnerstag vorbehalten und man rechnet mit der Möglichkeit, daß in der Zwischenzeit noch Kompromißverhandlungen stattfinden, die vielleicht einen Umschwung in der ganzen Situation herbeiführen werden.

### Vertrauensvotum für Herriot.

132 Stimmen Mehrheit für die Verständigungspolitik.

Paris, 24. August. (Havas.) In der Samstag-Nachmittagssitzung erklärte der frühere Minister Kloss, er werde für das Vertrauensvotum stimmen, aber mit gewissen Vorbehalten. Le Trocquer beglückwünschte Herriot zu den erzielten Erfolgen in der Frage der Kohlenlieferungen, behauptete aber gleichzeitig, daß die internationalen Finanzen in den letzten vier Jahren unter dem Einflusse Stimmes stünden, welcher bemüht war, Kohlenlieferungen zugunsten Frankreichs zu verhindern.

Leon Blum (Soz.) beglückwünschte die Regierung dazu, daß sie das Arbitrageprinzip in den Londoner Abmachungen zugelassen und dadurch ermöglicht habe, daß die Unterhändler zu einer praktischen und friedlichen Lösung der Reparationsfrage kamen, wodurch eine Grundlage für die Mitterkeit und Einigkeit aller Völker gelegt worden sei. Man müsse die Regierung Vertrauen aussprechen, damit sie bei der kommenden Konferenz über die interalliierten Schulden, wie auch bei dem Völkerbunde das Werk der Gerechtigkeit und des Friedens fortsetzen könne, durch welche die Sicherheit Frankreichs und der Wiederaufbau Europas gesichert werden sollen.

Vor der Abstimmung teilte Louchereur mit, daß seine Gruppe, also die radikale Linke, für das Vertrauensvotum stimmen werde, da sie die Londoner Abmachungen als geeignet dazu ansehe, den Weg zu einer zufriedenstellenden Lösung der Reparationsfrage zu ebnen. Soweit es sich um die interalliierten Schulden handelt, erklärte Louchereur, daß Frankreich selbst die internationale Sache nicht entscheiden könne.

Paul Boncour sagte, die Sozialisten werden für das Vertrauen der Regierung stimmen, da es der Regierung gelungen sei, eine solche Atmosphäre zu bilden, daß es möglich ist, sich in Europa zur Organisierung der Aufsicht über Rüstungen durch den Völkerbund zu wenden.

Die Kammer schloß um 4.35 Uhr früh die Debatte über die Londoner Abmachungen und votierte der Regierung mit 132 gegen 204 Stimmen das Vertrauen. Am Montag wird die Kammer sich mit dem Kaufmann-Vertrage beschäftigen.

### Ein großer Erfolg.

Paris, 25. August. (Havas.) Die Organe der Linken stellen in ihren Kommentaren über die gestrige Abstimmung in der Deputiertenkammer

fest, daß Herriot einen großen Erfolg erzielt hat, welcher, wie „Ere Nouvelle“ schreibt, noch viel leichter hätte erreicht werden können, wenn der Ministerpräsident nicht vor allem loyal auf all das verwiesen hätte, was noch zu erzielen erübrige.

### Herriot für die republikanische Türkei.

Paris, 25. August. (Havas.) Außer dem Kaufmann-Vertrage ging die Kammer heute in Verhandlung der in Sevres unterzeichneten Verträge ein. Herriot empfahl vor allem die Annahme der Verträge von Kaufmann und erklärte, Frankreich sei entschlossen, die republikanische Türkei aufzumuntern. Der Berichterstatter Milhous verwies auf die dauernden Bedenken bezüglich des Dardanellenproblems.

### Die Außenminister der Kleinen Entente in Laibach.

#### Geordnete Beratungen mit S. S. S. und Rumänien?

Belgrad, 24. August. (R.A.) Wie gemeldet wird, wird die Zusammenkunft der Außenminister der Kleinen Entente am 27. und 28. ds. in Laibach stattfinden. Der jugoslawische Außenminister Marinkovic wird mit Dr. Benek am 27. ds. und mit dem rumänischen Außenminister Duca am 28. ds. Beratungen pflegen. Bei der Zusammenkunft werden folgende Punkte beraten werden:

1. Wie soll sich die Kleine Entente während der Völkerbundsession verhalten, wenn die Frage der Kontrolle der Rüstungen der besiegten Staaten, namentlich Bulgariens, Ungariens und Österreichs, mit welcher der Völkerbund betraut werden soll, verhandelt werden wird. Die Kleine Entente wird fordern, daß sie in den mit der Kontrolle betrauten Kommissionen vertreten sei.

2. Das Verhältnis der Kleinen Entente zu Rußland. (Man ist der Ansicht, daß die Vertreter der Tschechoslowakei und Jugoslawiens sich für die Anerkennung der Sowjetregierung einsetzen werden.)

3. Die Folgen des Londoner Abkommens und die Wirksamkeit des Dawes-Plans. Diesbezüglich wird die Kleine Entente bestrebt sein, daß ihre sich auf die Reparationen und die Kriegsschulden beziehenden Interessen garantiert werden.

### Die Völkerbundsdelegation in Wien.

Wien, 25. August. Soweit bis jetzt feststeht, wird Bundeskanzler Dr. Seipel nur indirekt an den Verhandlungen mit den Völkerbundsdelegationen teilnehmen, und es ist sehr unwahrscheinlich, daß der Kanzler selbst mit den Finanzdelegationen nach Abschluß der Wiener Konferenz die Reise nach Genf antreten wird. Er wird, wie ursprünglich beabsichtigt, durch den Finanzminister Dr. Kienböck und den Außenminister Dr. Grünberger vertreten werden.

### 24 Todesurteile vollstreckt.

Lemberg, 25. August. Wie die Blätter aus Tiraspol in Südrussland melden, hat das dortige Revolutionstribunal 24 Mitglieder einer konterrevolutionären Organisation zum Tode verurteilt. Die Hinrichtung ist sofort nach dem Urteilspruch vollzogen worden. Unter den Verurteilten befand sich eine Frau.

## Ausland.

Aus dem Mhl der Mörder. Der deutsche Gesandte hat an die ungarische Regierung eine neue Note gerichtet, worin er die Verhaftung Tilleffens fordert, der sich unter dem Namen Schneider oder Meyer noch immer in der Villa des Abgeordneten Gömbös aufhält. — Abgeordneter Gömbös sagte einem Journalisten, der sich bei ihm über den Verbleib Schneiders-Tilleffens und Meyer König erkundigte, frei heraus, daß die beiden noch wie vor bei ihm wohnen. Er warnte den Journalisten davor, sie persönlich aufzusuchen, denn es würde ihm eben so übel ergehen, wie den drei anderen Journalisten, die das Wagnis unternommen hatten. Meyer sei übrigens nicht ganz wohl. Er hat, so sagte Gömbös witzig, einem ihrer Kollegen einen so kräftigen Auftritt verfehlt und ist hiebei zu Schaden gekommen.

Die russische Misere. Aus Moskau wird berichtet, daß die Kommission für die Bekämpfung der Folgen der Misere in allen Teilen des ESDR auf Staatsebene die Ernährung der Schulkinder in den Bauerndistrikten organisiert. Die Kommission sorgt auch für eine Million armer Kinder im Alter bis zu 13 Jahren, welche keine Schulen besuchen und von Bauern stammen, deren Boden nicht bebaut ist. Für diese Aktionen hat die Kommission einen Sonderfonds in der Höhe von acht Millionen Rubel geschaffen. Das Volkswirtschaftsministerium beabsichtigt in den von der Trockenheit betroffenen Gebieten 250 agronomische Stationen für die Bekämpfung der Trockenheit und die Lieferung von landwirtschaftlichen Maschinen an die Bauern zu errichten. Für je 10.000 Desjatinen Bodens ist durchschnittlich eine Station bestimmt.

Bodenreform auf dem Papier. Das Bukarester Blatt „Argus“ meldet, daß auf Grundlage der rumänischen Bodenreform im Ganzen 2.625.860 Hektar Boden im alten Königreich, 1.528.248 Hektar in Siebenbürgen und 1.481.920 Hektar in Bessarabien enteignet worden sind. Dieser beschlagnahmte Boden wurde unter 599.529 Bauern im alten Königreich Rumänien, 350.000 in Siebenbürgen und 357.016 Bauern in Bessarabien aufgeteilt. — Der Meldung dürfte wahrscheinlich wie in den meisten Angaben über die Reformen in Rumänien nichts zugrunde liegen. Wenn man dem glauben wollte, was die rumänische Regierung über sich verbreitet, könnte man die Boyardemokratie für einen idealen Staat halten.

Die Wahlbeschwerden gegen die Brüner Gemeindevahlen abgewiesen. Die politische Landesverwaltung hat die Beschwerden der vier deutschen Parteien betreffend die Brüner Gemeindevahlen abgewiesen und die Wahlergebnisse bestätigt.

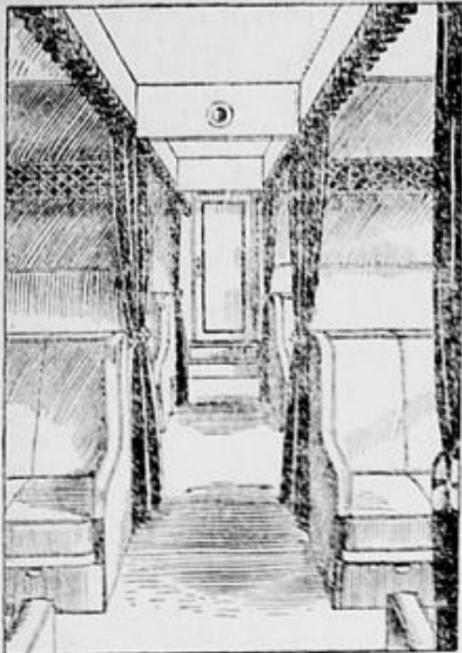
deht, geben sich die ärmsten Proletarier aus den Bezirken West- und Nordwestböhmens hier ein Zielbild. Da kommen Scharen von Frauen und Kindern aus dem Glendagebiet des Erzgebirges, aus dem nordwestböhmischem Kohlen- und Industriebecken zwischen Komotau und Aussig; da kommen die ausgemergelten Greise, die einer ständigen Ausbeutung nicht mehr wert sind, die Kranken und Halbgebunden, die einer langenden Beschäftigung nicht fähig sind, die Kriegs- und Industrietrüffel, die zur Gelegenheitsarbeit greifen, um nicht zu verhungern, die Witwen, die ihren Kindern Brot und Kleider schaffen müssen und schließlich die Dorfarmen des angrenzenden Agrarlandes, die in der Hopfenpflücker die einzige Gelegenheit des Jahres erblicken, wo sie sich Geld auf Schnaps und Tabak und für ihre anderen bescheidenen Bedürfnisse verdienen können. Es fehlt auch nicht das unsterbliche Landfahrervolk, das, um die zerstörten Existenzen der Kriegs- und Krisenzeiten vermehrt, heimatlos umherzieht. Alle die proletarischen Elemente, die im Getriebe der kapitalistischen Wirtschaft keinen festen Platz finden konnten, die ihn noch nicht gefunden oder auch schon verloren haben, sie ziehen zu tausenden als Hopfenpflücker aus. Und die wohlhabenden Hopfenbauern des reichen Saazer Landes, die sonst keine großen Sympathien für Proletarier und Lumpenproletarier hegen, nehmen sie freundlich auf — nicht weil plötzlich die edlen Sitten altgermanischer Gastfreundschaft in ihnen lebendig wurden, sondern weil sie bitterharte wirtschaftliche Notwendigkeiten dazu zwingen.

Denn ohne die Zuhilfenahme vieler fremder Arbeitskräfte könnte die Hopfenernte, die nur einige Wochen dauert, nicht bewältigt werden. Haben die goldgrünfarbenen Dolden in den Biergärten des Hopfenlandes ihre Reise erreicht, dann müssen sie innerhalb kurzer Frist gepflückt und getrocknet werden. Um diese Zeit nimmt sich jeder Hopfenbauer je nach der Größe seines Bestandes eine größere oder kleinere Partie Hopfenpflücker ins Haus. Die Bequartierung und Verpflegung der Leute macht ihnen nicht viel Sorgen. Jemandem auf dem Bau- oder Schüttboden, bestenfalls in einer feuchten Kammer wird Stroh aufgeschüttet und die Liegerstätten sind fertig. Weil in solchen Unterkünften kein Licht gebraucht werden darf, gibt es zumeist ein heilloses Durcheinander und wenig Ruhe. Ratten und Mäuse sind den Schlafstätten nicht selten Gesellschaft. Beim ersten Morgenrauschen heizt es aufstehen. Anzeichen ist überflüssig, da in der Regel mit den Kleidern geschlafen wird. Wer will, wäscht sich bei der Hopfenpumpe, wer nicht will, läßt es bleiben. Nach dem aus Brot und Kaffee bestehenden Frühstück ziehen die Pflücker gruppenweise in die Felder hinaus, zu die „Hopfgärten“ wie man im Saazer Land sagt. Dort geht es an die Arbeit. Die Leute postieren sich in den Reihen und ziehen die an einem das ganze Feld überspannenden Holzgerüst leicht befestigten Drähte herunter, an denen die Pflanzen in einer Höhe von drei bis vier Meter emporgeraukt haben. Gewöhnlich sitzen die Pflücker auf kleinen Stodlerln und zwicken mit einem fingerhutartigen Blechring die

Hopfenölden samt Zielen ab. Den starken Hopfengeruch kann aber nicht jeder vertragen und besonders Kinder werden oft deswegen von Unwohlsein befallen. Der gepflückte Hopfen wird viertelhektoliterweise abgemessen und der Pflücker erhält für jedes Viertel eine Blechmarke. Jeder wird per Viertel an Pflückerlohn 1.40 K bezahlt. Wer recht flink und fleißig ist, kann bei zwölf- bis vierzehntägiger Arbeitszeit 11, 12, höchstens 14 Viertel pflücken — also 14—20 K im Tag verdienen. Schönes Wetter vorausgesetzt — denn bei Regenwetter geht die Arbeit langsamer und schwieriger voran. In diesem Akkordlohn haben die Pflücker noch freie Station, d. h. sie bekommen außer Nachtlager und Frühstück noch zu Mittag ein Stück Brot und eine saure Gurke und abends Suppe mit Brot. Viele erfragen sich den Vorklohn bis auf den letzten Kreuzer, andere nehmen sich Vorklohn und tragen ihn zum Krämer und zum Gastwirt. In einzelnen Orten werden sogar eigene „Unterhaltungen“ für die Hopfenpflücker arrangiert. Mit einer Ziehharmonika lockt man sie zum Tanze, wobei der Zwick der Werbung ist, ihnen die sauer verdienten Kronen an Ort und Stelle gleich wieder abzuhöpfen. So bereichern sich das Alkoholkapital an den Armen der Armen!

Wenn die Hopfenpflücker nach geleisteter Arbeit wieder heimziehen, beginnt erst das richtige Hopfengeschäft. Jeder mittlere und größere Hopfenbauer ist zugleich Spekulant; der kleine Hopfenbauer, der nur nur wenige Zentner secht, muß ihn zu den niedrigen Anfangs-

### Der transatlantische Zeppelin.



Blau in den Passagierraum des transatlantischen Zeppelins, der vor kurzem in Deutschland für die Regierung der Vereinigten Staaten gebaut worden ist.

Wald- und Viechenhistorismus, über die Jahrhunderte hinweg unter Wahrung der modernen Anschauungen über das Wesen der Nation von „Deutschen“ in einer Zeit zu sprechen, die seine Deutschen fannte. Wenn man sich mit der Diskussion von Streitfragen über das „Erstgeburtsrecht“, die durch den politischen Einfluß, der sich heute und in diesem Lande schwer vermeiden läßt, eine wissenschaftliche Behandlung erschweren, beschäftigt, dann sollte man das wenigstens so tun, daß man landläufige Legenden und Schlagwörter zerstört und Verständnis für historische Fragen zu wecken sucht, nicht, in dem man den Ruf, den die Gegenwart ausspricht, durch ähnlichen erweitert. Was ist das für eine Wissenschaft, die das Mitteldeutsche, das uns ebenso fernsteht wie etwa das Englische, als deutsche Sprache anführt, und was ist das für eine Volksbildung, die durch eine ganz oberflächliche Darstellung das historische Verständnis der Hörer und Leser nur verwirrt und lähmt? Oder sind Veranstaltungen wie die Reichsberger Hochschulkonferenz dazu da, das Bildungsniveau auf den Nullpunkt einer „deutsch-nationalen Geschichtsauffassung“ herabzudrücken?

### Weiteres Ausbreiten der Cholera in Vorderindien.

3300 Fälle in einer Woche. Allahabad, 25. August. Die Cholera breitet sich aus. In der letzten Woche sind 3300 Fälle gemeldet worden.

### Die täglichen Autounfälle.

Tätliches Autounfall bei Rimbürg. Rimbürg, 25. August. Gestern um 5 Uhr nachmittags ereignete sich in der Nähe von Rimbürg ein tödlicher Autounfall. Der Prager Großindustrielle und Großgrundbesitzer Louis Kubinsky fuhr mit seinem Chauffeur in der Richtung gegen Prag von Louisa ab. Kubinsky lenkte den Wagen selbst. In der Nähe der Ziegelei Kobout schlennderte das Auto auf der aufgeweichten Straße und fuhr gegen eine Telegraphenstange. Kubinsky erlitt einen Bruch der Schädelbasis und war sofort tot. Der Chauffeur Lifer hat mehrere Rippenbrüche davongetragen und wurde ins Krankenhaus überführt. Er ist außer Lebensgefahr.

### Großes Autounfall bei Weledsdorf. — Zwölf Personen mehr oder minder schwer verletzt.

Trautman, 25. August. Gestern abends kam das Lastauto der Firma Glaser aus Königshof a. C., welches von etwa 30 Ausflüglern besetzt von Weledsdorf über den sogenannten Kiegel abwärts gegen Qualsch fuhr, in der letzten Kurve der Straße infolge Versagens der Bremse und der Abhängigkeit des Weges ins Schleudern. Dabei überschlug es sich am Straßensaum, die Insassen herausgeschleudert. Es wurden zwölf Personen mehr oder minder schwer verletzt. Die Verletzten brachte man ins Trautmaner Krankenhaus, wo ihnen die erste Hilfe zuteil wurde, und überführte sie dann nach Königshof.

### Ludwig Aust gestorben. In Schlau ist Montag früh einer der ältesten Vorkämpfer der tschech. Sozialdemokratie, Genosse Ludwig Aust gestorben.

Aust wurde im Jahre 1863 geboren und erlernte das Schuhmacherhandwerk. 1898 kam er nach Madno, wo er sich bald einer großen Popularität erfreute und der Mitbegründer der modernen proletarischen Bewegung im großen Madnoer Industriegebiet wurde. Als er vor dreißig Jahren nach Madno kam, herrschte dort der Anarchismus und slavische Unterdrückung. Die ersten Arbeiterorganisatoren hatten im Madnoer Gebiet einen ungemein schweren Kampf zu führen. Sie wurden vom tschech. österr. Reichsstaatsorgan und der tschech. bürgerlichen Gemeindeführer verfolgt. Einer von diesen Agitatoren war auch Aust, der im Madnoer Gebiet zusammen mit dem bekannten tschech. Genossen Steiner tätig

Preis auf 5000, 6000, ja sogar bis 7000 K per Zentner hinauf. Die Bauern, die mit der Ware zurückgehalten hatten, und mit ihnen die Händler, machten brillante Geschäfte. Auch heuer werden bei einer sehr guten Ernte schöne Aufkaufspreise erzielt.

Die Hopfenpflanze ist für ein großes Agrargebiet in Nordwestböhmen eine Quelle des Reichtums und die Grundlage seines wirtschaftlichen Gedeihens. Außer in der geeigneten Ganna dürfte es in der ganzen Republik keine so wohlhabenden millionenschweren Bauern geben wie im Saazer Land. Nirgends sind aber auch so traffe soziale Gegenstände anzutreffen. In dessen die großen Hopfenbauern frohgemut nach dem ersten Verkauf die Briefstapel mit Tausendern füllen, haben die Hopfenpflücker schon die wenigen Spartrone verzehrt. Während die Hopfenagrarier ihre Frauen, Söhne und Töchter in den Saazer Geschäften schön ausstatten, ist das Kleidchen schon wieder zerrissen, das die arme Witwe vom Hopfenpflückerlohn ihrem Kinde gekauft hat. Und im Winter, wenn in den Bauernhöfen der Saazer Ebene das Schweinefleisch losgeht, wenn sich die Hopfenbauern von dem Ertragnis des „guten Hopfenjahres“ manch fröhlichen Ball und manche prunkvolle Hochzeit leisten, denken friedliche Kinder auf den Klammern des Erzgebirges mit Behmut an die Tage der Hopfenplücker, wo sie sich bei schwerer Arbeit wenigstens mit Suppe und Brot sattekten konnten.

Wenzel Jalsch.

war. Die Last der gesamten Bewegung ruhte auf Aust besonders im Jahre 1900 zur Zeit des großen Bergarbeiterkampfes in Madno, welches damals das Zentrum der sozialen Kämpfe des alten Oesterreich überhaupt bildete. Täglich sprach Aust in einigen Versammlungen und in dem Kampf der Bergleute erwarb er sich so große Verdienste, daß ihn die Behörden aus Madno auswiesen. Im Jahre 1907 wurde er für Madno ins österreichische Parlament gewählt; auch im zweiten Wahlsatz 1911, blieb er siegreich. Im Wiener Parlament war er Schriftführer des tschech. sozialdemokratischen Abgeordnetenausschusses. Am Vorabend des Krieges, am 25. Juli 1914, sprach er sehr scharf gegen die Kriegshetze in einer Versammlung in Rakonitz, die von Gendarmen auseinandergerieben wurde. Nach dem Umsturz war Aust Mitglied der Revolutionsversammlung. Die kommunistische Welle, die über Madno ging, veranlaßte Aust, nach Schan zu gehen, wo er die Leitung der Krankenkasse übernahm und auch Vorsitzender der Bezirksverwaltungscommission wurde. An seinem Lebensende war es ihm noch vergönnt, den Beginn des Wiederaufbaues der Partei im Madnoer Gebiet zu erleben.

„Selig sind die Armen im Geiste...“ Im Dorfe Kolosovo Dsho im Sempoliner Gau will ein altes Weib die Erscheinung der heil. Jungfrau gehabt haben. Seither wird der Ort und die Stätte der Erscheinung von tausenden Pilgern besucht; ein Fond zur Erbauung einer Kirche wurde gesammelt und die Gotteshaus auch wirklich erbaut. Das Weib, das die Erscheinung gehabt haben will, erhält reiche Gaben und die Kaufleute machen aus dem Verlaufe der Zweige des Baumes, bei dem die Erscheinung stattgefunden haben soll, die besten Geschäfte.

Eine Feststellung. Fräulein Käthe Rubin erfuhr aus festgestellten, daß sie in keiner wie immer gearteten Verbindung zu den Veröffentlichungen der „Deutschen Landpost“ steht. Wir entsprechen diesem Ersuchen, indem wir diese Tatsache hiemit feststellen.

Zur Affäre Gray. In einer auch von uns wiedergegebenen Nachricht eines Wiener Blattes hieß es, daß Harry Gray unter anderem mit der böhmischen Unionbank wegen eines Kredites in Unterhandlungen stand. Die Direktion der böhmischen Unionbank ersucht uns festzustellen, daß sie mit Harry Gray in keiner wie immer gearteten Verbindung gestanden ist.

Fund von Mammuthknochen. Wie die „Ed. Noviny“ melden, fanden Arbeiter beim Behmgraben in einer Fiegelei in der Nähe von Prerau einige Mammuthknochen. Der Fund wurde einem gewissen Fradmann aus Prerau mitgeteilt, der die weiteren Arbeiten leiten wird.

Selbstmord im Schnellzug. In dem Berliner Schnellzug, der um 10 Uhr 40 in Prag ankommt, ereignete sich gestern ein aussehender Unfall. In Raudnitz stieg ein 23jähriger Arbeiter in den Zug, der sich vor Kralup im Abort eines Personenzugens erschoss. Man zog die Notbremse und lud den Unglücklichen aus. Das Motiv der Tat ist unbekannt.

Wer sieht in den Bädern? Nach der letzten Kurliste von Mergentheim, einem deutschen Bade, an dem auch Ferdinand, Erzherzog von Bulgarien, finanziell beteiligt ist, sind von 380 angemeldeten Kurgästen: 253 Kaufleute und Großhändler, 15 Fabrikanten, 41 Direktoren, Generaldirektoren, acht Gutsbesitzer, 15 höhere Militärs und höhere Beamte und vier Adlige. Im ganzen 356 Personen. Die Gutsbesitzer kommen gewöhnlich nach der Ernte zahlreicher. In den schätzbaren Rest müssen sich ein paar Handwerker, Buchhändler und Ärzte teilen. Letztere sind besonders stark vertreten, weil sie in den Heilbädern besondere Vergünstigungen genießen. Künstler, Lehrer, Schriftsteller, mittlere Angestellte sind höchstens in der Ein- oder Zweizahl vorhanden. Unterbeamte und Arbeiter sind überhaupt nicht vertreten.

Ein richtiger Sparminister. Wir lesen in der Basler „Arbeiter-Zeitung“: Herr Nusch ist bekanntlich eidgenössischer Sparminister. Er kann sich nicht genug tun damit, die Notwendigkeit zum Sparen herbeizuführen. Ganz besonders gegenüber dem Bundespersonal, gegenüber den anderen Departements und ganz besonders auch in bezug auf die sozialen Aufgaben, die der Bund lösen sollte. Herr Sparminister Nusch hat seine neue Residenz, den Bernerhof neben dem Bundeshaus, bezogen. Nun unruft man in Bundeshauskreisen, der Herr Sparminister habe für seine Salons in Bernerhof einen Perserteppich im Werte von 30.000 Franken angeschafft. Man sagt ferner, die Einrichtungskosten der beiden Salons des Herrn Sparministers hätten den Betrag von 100.000 Franken ausgemacht. Und es nimmt diese Kreise wunder, was der Bundesrat dazu sage und wie der Herr Sparminister zwei Salons haben müsse, während seine sechs Kollegen ganz gut mit einem Zimmer auskommen. Neugierig, wie man im Bundeshaus schon einmal ist, fragt man sich ferner, wer diese Rechnungen visieren werde, falls sich die Stoffangaben, von denen man spricht, wirklich bestätigen. Ob das der Herr Sparminister selber tue? Man findet in den Beamtenkreisen, das alles mache sich wirklich gut in dem Momente, da im neuen Befolgungsgesetz Sühne von 2500 Franken eingeführt sind für solche Sterbliche, die allerdings nie eidgenössische Sparminister werden, die Segnungen der schönen Sparpolitik aber um so nachhaltiger zu spüren kriegen. Und man sagt ferner, das reiche sich würdig neben gewisse Automobile des Herrn Ersparnisministers auf Kosten des Bundes im Bundesland, während er eine Erstklasskarte der S.

B. B. im Portefeuille mit sich trage. Das Sprüchlein vom Wasserpredigen und Weintrinken wird zitiert. Und man ist neugierig, ob die Finanzkommission der eidg. Räte sich über die Dingen auch erkundigen werde.

Wie der Erzbergermörder Schulze sichergestellt wurde. Ueber die Agnoszierung Schulzes durch deutsche Detektive wird aus Budapest gemeldet, daß der eine der Detektive, der Schulzes Schulkamerad war, diesem Photographien zeigte, auf denen sie beide in einer Gruppe von Fußballspielern sichtbar sind. „Erkennst Du mich denn nicht, Heinrich“, sagte der Detektiv. „Erinnerst Du dich nicht an mich? Ich war der beste Torhüter in der Mannschaft und hier sind die anderen Schulkameraden.“ Schulze blieb, allerdings recht kleinlaut, bei seiner Behauptung, daß er nicht Schulze, sondern Förster sei. Er sei in Odessa geboren, habe später in der Türkei und in anderen Balkanstaaten gelebt. Die Detektive will er nicht kennen. Gestern sind die beiden Detektive beim Untersuchungsrichter erschienen, der das Agnoszierungsverfahren fortsetzt. Es ist zu erwarten, daß der Untersuchungsrichter, der politisch nicht beeinflusst ist, nun den unanfechtbaren Beweis auf die Zeugnisaussage der deutschen Beamten hin als vollwertig anerkennen wird, so daß über Schulze die Präventivhaft und bald darauf die sogenannte Auslieferungshaft verhängt werden dürfte. Nach Abführung des Auslieferungsverfahrens, das möglicherweise negativ verlaufen wird, wird der Mörder wegen Übertretung der Meldevorschriften zur Verantwortung gezogen werden.

Menschenvertilgung im 20. Jahrhundert. In dem Berichte des Völkerverbundsausschusses, dessen Aufgabe es ist, die wahrscheinlichen Wirkungen der chemischen Erfindungen in künftigen Kriegen zu prüfen, werden die Möglichkeiten besprochen, welche sich durch die Benützung von giftigen Gasen und Bakterien als Kriegsmittel ergeben. Der Bericht skizziert ein erschütterndes Bild eines Angriffs mit giftigen Gasen auf eine Großstadt. Das Gas, welches benützt werden wird, muß nicht unumgänglich derart sein, um die menschlichen Wesen nur auf irgend eine Zeit wehrlos zu machen, sein Ziel wird eher die Verhinderung oder die Vernichtung jedweder ständigen, auf einen Angriff hinzielenden Tätigkeit sein. In Beginn des letzten Krieges waren ungefähr 30 Stadien bekannt. Heute besitzen wir ihrer mehr als 1000. Die im Laufe des letzten Krieges in erweitertem Umfang mit zweifelloser Wirkung benützten chemischen Waffen, rufen die verschiedensten physiologischen Wirkungen hervor. Das Problem des Schutzes der Zivilbevölkerung vor solchen Wirkungen ist noch nicht gelöst. Prof. Mayer (College de France) erklärt in seinem Gutachten: Das im Geheimen durchgeprüfte, vernichtende Präparat, das in großen Mengen in jeder chemischen Fabrik hergestellt werden kann, kann unerwartet auf die unvorbereitete Bevölkerung geschleudert werden und könnte vollkommen jeden Widerstandversuch zunichte machen. Die sogenannte bakteriologische Waffe eradiert die Wissenschaftler vorläufig als nicht besonders gefährlich. Sie sind der Meinung, daß eine solche Form von Kriegsmitteln wenig Einfluß auf den wirklichen Ausgang des Kampfes im Hinblick auf die Schutzmethoden hätte.

Eine häßliche Familie ertrunken. Auf dem Rhein in der Nähe von Duisburg löste sich ein Kahn von einem Schleppzug los. Er wurde von der Strömung gegen ein vor Anker liegendes Schiff getrieben. Der Anprall war so hart, daß der Kahn mitten durchbrach und in wenigen Augenblicken sank. Ein holländischer Schiffer, seine Frau und drei Kinder, die sich während des Zusammenstoßes in der Kajüte befanden, ertranken.

Acht Tote bei einem Manöverunfall in Polen. „Dziennik Boznancki“ berichtet, daß aus Anlaß der Anwesenheit der türkischen Militärmission in Polen größere Truppenübungen stattfanden, welche mit einem großen Unfall endeten. Bei der Ueberquerung der Warte sind acht Soldaten ertrunken. Von Seiten der Militärbehörden sucht man nachzuweisen, daß der Tod nicht infolge des Ertrinkens, sondern infolge Herzschlages (?) eingetreten sei.

Unschuldige Opfer der Kommunistentheorie in Rumänien. In Craiova wurde eine Frau namens Margaretha Roth beschuldigt, kommunistische Agitatoren zu sein, worauf bei ihr eine Hausdurchsuchung vorgenommen wurde. Die junge Frau verrieth während der Hausdurchsuchung einen amerikanischen Brief, von welchem sie behauptet, es wäre ein Liebesbrief gewesen, und gab denselben ihrer Mutter zum sofortigen Verbrennen. Dies wurde von den Sigurantaorganen bemerkt und darauf Frau Roth wie auch ihre Mutter in Haft genommen. Die Mutter der Roth wurde nach drei Tagen in Freiheit gesetzt, die Tochter blieb in Haft und soll dem Hermannstädter Kriegsgericht eingeliefert werden. Nach ihrer Freilassung verübt nun die Mutter in ihrer Verzweiflung darüber, daß ihre Tochter verurteilt werden wird, und aus Angst, daß auch sie wieder gefangen werden könnte, Selbstmord, indem sie sich erhenkte. Dieser tragische Fall spricht Bände über die in der rumänischen Verfassung garantierte persönliche Freiheit der einzelnen Bürger.

Die Bodenreform in Rumänien. Das Blatt „Argus“ meldet, daß auf Grundlage der Bodenreform im ganzen 2,625,860 Hektar Boden im alten Königreiche, 1,528,248 Hektar in Siebenbürgen und 1,481,920 Hektar in Bessarabien enteignet worden sind. Dieser beschlagnahmte Boden wurde unter 599,529 Bauern im alten Königreiche Rumänien, 350,000 in Siebenbürgen und 357,016 Bauern in Bessarabien aufgeteilt.

**Kommunisten unter sich.** Der linke Flügel der schwedischen kommunistischen Partei hat das Gebäude des kommunistischen Zentralorgans „Politiken“ und dessen Redaktion besetzt und den bisherigen Chefredakteur gezwungen, seine Artikel aus dem Satz zu nehmen und dafür die Artikel des linken Flügels der Partei ins Blatt zu geben. Gleichzeitig erklärte der linke Flügel sowohl den Chefredakteur des Zentralorgans als auch die Parteileitung für abgesetzt. Die kommunistische Partei will sich dem Terror ihres linken Flügels jedoch nicht fügen; die bisherige Leitung hob die Anordnungen wieder auf und erklärt, daß die Entscheidungen der nächste Parteitag zu fällen habe. Die Maßnahmen der auf so einfache Weise abgesetzten Parteileitung sind jedoch illusorisch, da sich das Zentralorgan in der Hand des linken Parteiflügels befindet, der somit die Führung der Partei beherrscht.

**Tendenziöse Nachrichten aus Sofia.** Die Bulg. Tel.-Agentur meldet: Die Saloniker „Opinion“ veröffentlichte eine phantastische und unwahre Nachricht aus Sofia, nach welcher eine große Menschenmenge einen Angriff auf das Gefängnisgebäude unternommen und mit Gewalt 40 Anhänger Stamboljiski, die vom Kriegsgericht zum Tode verurteilt worden sind, befreit, weiter dann vier Soldaten und zwei Offiziere getötet hätte. Es ist unnötig, zu betonen, daß diese Nachricht nur der Phantasie einer bestimmten Presse entspringen ist, welche unaufrichtig Nachrichten verbreitet über eine ungünstige innere Situation Bulgariens.

**Dreifacher Gattenmord.** Wie die Wäster melden, ist von der Berliner Kriminalpolizei eine 55jährige Witwe namens Marie Krüger unter dem Verdachte des dreifachen Gattenmordes festgenommen worden. Frau Krüger hatte in allen drei Fällen bedeutend ältere Männer geheiratet, die nach kurzer Ehe starben, u. zw. der eine nach ihrer Angabe durch Selbstmord, die beiden anderen infolge Krankheit. Sie ist verdächtig, ihre drei Männer umgebracht zu haben, um sie zu beerben.

**Der amerikanische Flug um die Welt.** Der Kreuzer „Missaukee“ berichtet, daß die Nachforschungen nach dem italienischen Weltflieger Locatelli, der seit seinem Abflug von Island vermisst wird — er begleitet die amerikanischen Weltflieger — bisher ergebnislos geblieben sind. Nach einer Washingtoner Meldung sind die beiden Weltflieger Smith und Nelson nach zweieinviertelstündigem Flug in Viglut (Gassen an der Südwestküste Grönlands) gelandet. — Die amerikanischen Flieger, welche in Grönland angekommen sind, glauben, daß der Italiener Locatelli nicht um das Cap Farroll durchdringen konnte. Der Rebel war auch die Ursache, daß die Amerikaner bisher nicht weiterfliegen konnten. Die italienische Regierung hat nach einer Meldung der „Agenzia Stefani“ betreffs des Fluges Locatellis für jedwede notwendige von der amerikanischen Organisation unabhängige Organisation gesorgt. Locatelli wird auf jeder Etappe von neuen italienischen Transportschiffen, welche für diesen Zweck besonders gescharrt sind, gebracht, Proviant und Betriebsstoff vorfinden. Außerdem wurden die Regierung von Labrador, die Marconi-Gesellschaft und die Behörden längs der Küste von Grönland um Beistand und die auf dem Wege befindlichen Schiffe um Abgabe meteorologischer Informationen ersucht. Die italienische Regierung hat auch Schiffe gescharrt, welche Benzin und Öl an Bord führen, damit die Vorräte eventuell auch am Meere ergänzt werden können.

**Ein schreckliches Drama** hat sich dieser Tage 600 Meter unter der Erdoberfläche in einem der Schächte der Grube „Wars“ bei St. Etienne zugegetragen. Aus einem nichtigen Grund entstand zwischen zwei spanischen Bergarbeitern, die beide Familienväter und etwa 35 bis 40 Jahre alt sind, ein Wortwechsel, der bald zu Tötlichkeiten ausartete. Der jüngere von den beiden, namens Carillo, ergriff plötzlich eine Axt, die zum Zuhauen des Grubenholzes diente, und ließ sie zu verschiedenen Malen auf seinen Arbeitskollegen niederkommen. Mit gespaltenem Kopf und schrecklich zerhackter Brust brach der andere zusammen und war sofort tot. Da eilten aus dem anderen Ende der Galerie, die nur spärlich erleuchtet war, einige Arbeiter herbei. Infolge des ungewissen Lichtes hatten sie das Drama nur mehr erraten können. Carillo flüchtete und nun begann eine wilde Jagd nach dem Mörder. Hilfsmannschaften eilten herbei, und von oberhalb der Erde stiegen Polizisten in die Schächte. Schließlich gelang es, des wütenden Mörders habhaft zu werden. Der Spanier hatte sich gegen seine Verfolger mit dem Beil verteidigt und dabei neun Personen zum Teil schwer verletzt. Einem Bergarbeiter hatte er die Hand beim Gesenk abgeschlagen, einem andern das Gesicht gespalten, zwei andere nicht ungefährlich am Kopf verletzt, einem weiteren einen fürchterlichen Hieb in den Rücken versetzt. Mit Wähe konnte er überwältigt werden. Er wurde in einem Förderkorb festgebunden und an die Oberwelt befördert.

**Rekordfahrt der „Mauritania“.** Der Dampfer „Mauritania“ der Cunard-Linie hat die Strecke Cherbourg—New York in fünf Tagen drei Stunden und 20 Minuten zurückgelegt. Es ist dies der sogenannte „lange Weg“, der im Sommer benutzt wird, um dem von Grönland kommenden Treibeis auszuweichen. Die Leistung überbietet den Rekord des „Leviathan“ um eine Stunde.

**Die größte Turbine der Welt.** Die größte Turbine der Welt wird zurzeit zu Newcastle in England gebaut. Sie ist für Chicago bestimmt, wo sie für die elektrischen Stadtbahnen den Strom liefern soll. Sie wiegt nicht weniger als 1000 Tonnen. Um sie zu transportieren, benötigt man einen Eisenbahnzug von 66 Waggons.

fern soll. Sie wiegt nicht weniger als 1000 Tonnen. Um sie zu transportieren, benötigt man einen Eisenbahnzug von 66 Waggons.

**Deutsche staatliche Vinderheits- und Bürgerhörschulen in Prag.** Die Einschreibungen finden am 29., 30. und 31. August 1924 von 9 bis 12 Uhr statt.

**Deutsche staatliche Vinderheits- und Bürgerhörschule in Prag I. 1000 (Masna ulice).** Die Einschreibungen finden am 29., 30. und 31. August d. J. von 9 bis 12 Uhr im 2. Stock des Schulhauses statt. Mit dieser Klassen Vinderheitschule (3. Klasse Knaben und 3. Klasse Mädchen) ist eine 4. Klasse (einjähriger Lehrkurs) verbunden. Aufnahme in diesen finden absolvierte Bürgerhörschüler und -schülerinnen ohne Prüfung, andere Schüler, die das entsprechende Alter besitzen, auf Grund einer Aufnahmeprüfung. Kein Schulgeld.

**Wetterübersicht vom 25. August.** Unter dem Einflusse von Hochstörungen der nördlichen Depression dauerte auch Sonntag in der Westhälfte der Republik veränderliches Wetter bei wiederholten Regenschauern an. Die Wärmeverhältnisse weichen der Karpathen sind infolge andauernder Luftzufuhr aus dem Nordwesten erheblich unter dem Normalwert geblieben. Selbst trotz verstärktem Sonnenschein erhob sich die Nachmittagstemperatur nicht über 18 Grad Celsius. Das Tiefdruckgebiet über der Nordsee hat sich rasch ausgefüllt und das Azorenmaximum sich bis über die britischen Inseln ausgebreitet. — Wahrscheinliches Wetter von heute: Abkühlen des veränderlichen Wetters bei wenig veränderter Temperatur.

**Die sozialdemokratische Kinderfürsorge in Wien.**

Mehr als zwei Millionen Gratis Mittagessen für Wiener Schulkinder.

Die öffentliche Schülerspeisung der Gemeinde Wien hat nunmehr das zweite Jahr ihres Bestandes vollendet. Bekanntlich hat die Gemeinde nach Auflassung der Amerikanischen Auspeisung die Mittagesspeisung für Schüler und Kindergartenkinder auf eigene Kosten eingerichtet. Nichts ist, daß jedes ernährungsbedürftige Kind ohne Rücksicht auf die Zahlungsfähigkeit seiner Eltern von der Fürsorgerin der Schule oder dem Arzt der Auspeisung zuzuführen ist. Die zwölf Bezirksjugendämter der Stadt Wien stellen die Speiseküchen aus. Die Speisen werden in tadelloser Weise von der Wiener öffentlichen Küchenbetriebsgesellschaft (WÖB) hergestellt.

Diese läßt täglich rund achtzehntausend Mittagessen in sechzehn Küchen zubereiten, von denen die Speisen in die achtundneunzig Speisestellen gebracht werden. Davon sind neununddreißig Speisestellen in den Volksgärten der Stadt Wien. Sowohl die Zubereitung der Speisen wie ihre Verteilung und natürlich auch Geldgebarung werden sorgfältig überwacht. Dadurch wird die bei einem solchen Massenbetrieb immer mögliche Gefahr vermieden, daß die Güte der Speisen mit der Zeit nachläßt. Die den Küchen entnommenen Speiseproben werden im Laboratorium des Universitätsprofessors Dr. Durig sorgfältig analysiert und auf ihren Nährwert und ihre Zubereitung hin geprüft. Der Nährwert eines Schülereffens beträgt etwas mehr als 700, der eines Kleinkindereffens rund 600 Kalorien. Die gesamte übrige Kontrolle obliegt dem städtischen Jugendamt, die Geldgebarung wird durch städtische Rechnungsbeamte geprüft.

Neben der zentralen Kontrolle überwachen auch noch die Fürsorgerinnen der Bezirksjugendämter, die wöchentlich die Speisestellen besuchen, die Auspeisung. Sie nehmen die Wünsche der Kinder zur Kenntnis. Die Speisen sind dem Wiener Geschmack und der Jahreszeit angepaßt. Ein Speisezettel von der dritten Augustwoche zum Beispiel sei als Probe angeführt: Montag: Paradeisbrot, Brot, Fischingertorte; Dienstag: Eingebrenntes Frischgemüse, Regetschnitzen; Mittwoch: Kalas, Böpfe; Donnerstag: Reisfleisch, Topfenbutterstrudel; Freitag: Feigwarensuppe, Mohrstrudel (15 Dekagramm); Samstag: Frischgemüse, Nessel im Schlafrock. Vom 27. August 1923 bis zum 16. August 1924 wurden nicht weniger als 4.720.893 Mittagessen an Kinder ausgegeben, davon 4.110.656 Mahlzeiten an Schüler und 668.241 an Kindergartenkinder. Von der Gesamtzahl der Mittagessen wurden bloß 423.007 voll bezahlt, 93.599 wurden um drei Viertel des vollen Preises abgegeben, 702.995 um die Hälfte, 1.088.128 um ein Viertel des Preises und 2.281.361 Mittagessen vollkommen unentgeltlich abgegeben. Die Gemeinde Wien hat für die öffentliche Kinderauspeisung im Jahre 1924 den Betrag von 15 1/2 Milliarden Kronen bereitgestellt.

Damit ist vorgefertigt, daß kein Kind in Wien ohne Mittagessen ist. Das ist sozialdemokratische Kinderfürsorge!

**Volkswirtschaft. Die Teuerung.**

**Steigen des Großhandelsindex.** Zeit dem 1. März 1924 ist bis zum 1. Juli der Index der Großhandelspreise, wie ihn das statistische Staatsamt errechnet, ständig gesunken. Zum 1. August ist wieder zum erstenmale ein Anstieg des Großhandelsindex zu bemerken. Damit bestätigt das statistische Staatsamt das, was schon seit Wochen jeder weiß, daß die Preise

fast aller Artikel im Steigen begriffen sind. Während der Großhandelsindex am 1. Juli 1923 betrug (gemessen am Preisstand vom 1. Juli 1914 gleich 100), ist er zum 1. August 1924 auf 997 hinaufgeschwollen, was ein Steigen um 3,3 Prozent bedeutet. Dabei kann festgestellt werden, daß sich das Steigen der Lebensmittel rascher vollzieht, als das der Industrieartikel, so, daß das Steigen der Preise fast gänzlich einem Steigen der Lebensmittelpreise gleichkommt. Die Preise der Lebensmittel sind nämlich vom 1. Juli bis 1. August um 7,3 Prozent, die der Industrieprodukte um 0,7 Prozent gestiegen.

**Eine Rundgebung der tschechoslowakischen Gewerkschaftskommission.**

Der Zentralrat der tschechoslowakischen Gewerkschaftsvereinigungen hat sich in seiner Sitzung vom 21. August mit dem neuerlichen Ansteigen der Preise, insbesondere der Lebensmittel befaßt. In der Debatte wurde darüber Klage geführt, daß die Behörden nicht entschieden genug gegenüber dem Wucher und der Spekulation der Kartelle auftraten. Ein Beweis hierfür für das Steigen der Preiseliste. Das Ansteigen der Preise bedeutet nicht nur eine Gefährdung der Existenz der Arbeiterschaft, sondern bringt wieder die Möglichkeit der Verschärfung der Arbeitslosigkeit. Der Zentralrat protestiert daher gegen das Steigen der Preise und fordert die Regierung auf, die unangenehmsten Schritte gegen die Teuerung zu unternehmen. Die Erscheinungen der letzten Zeit zwingen die Arbeiterschaft, an die Möglichkeit neuer Lohnbewegungen zu denken, welche unumgänglich notwendig werden, falls die Teuerung nicht zurückgeht. In der nächsten Sitzung des Zentralrates sollen die bezüglichen Anträge eingelegt werden.

**Die tschechoslowakischen nationalen Eisenbahner.** Die „Jednota“, die Organisation der tschechoslowakischen nationalen Eisenbahner, erläßt einen Aufruf, in dem harte Klagen gegen die Regierung geführt wird. „Die Eisenbahner, bemühen sich schon lange, eine Gehaltsaufbesserung durchzusetzen. Sollten die maßgebenden Faktoren nicht vermögen oder nicht den guten Willen haben, der Teuerungswelle die Stirne zu bieten, dann müßte das organisierte Eisenbahnerproletariat selbst mit aller Macht die Schritte gegen den räuberischen Feldzug der Verteuerer zum Schutze der ehrlich Arbeitenden unternehmen. Die Regierung muß darauf vorbereitet sein, daß die Staatsbahnangehörigen gezwungen sein werden, eine angemessene Erhöhung ihrer Zulagen durchzusetzen, um ihre wirtschaftliche Existenz zum Teil zu sichern. Die erste und gefährliche Lage des arbeitenden Volkes erfordert ernste Entschlossenheit aller! Die Entwicklung der Verhältnisse läßt sich nicht voraussehen. Es scheint aber, daß wir am Beginn neuer Kämpfe stehen. Die Mittel dieses Kampfes werden vom Mut der entscheidenden Faktoren abhängen, mit dem sie den Volksadventurern ihr Genick brechen wollen. Gerne möchten wir solche Maßnahmen sehen, die beweisen würden, daß man von den Verprechungen nun zur Tat schreite. Wir wollen nicht einen Kampf um jeden Preis hervorrufen. Wir müssen uns aber wehren, und wir werden uns auch wehren!“

**Die Lebensmittelarbeiter-Internationale und die Russen.**

Die Lebensmittelarbeiter-Internationale hat auf ihrem Kongreß, der im vergangenen Jahr in Brüssel stattfand, mit 22 gegen 20 Stimmen die Aufnahme des russischen Lebensmittelarbeiter-Verbandes beschlossen. Dies führte zum Austritt der holländischen Baderorganisation. Der Sekretär der Lebensmittelarbeiter-Internationale gibt nun in seinem Mitteilungsblatt eine ausführliche Darstellung der Verhandlungen die der Aufnahme der Russen vorangegangen sind und der Erfahrungen, die man inzwischen gemacht hat.

Aus den Vorverhandlungen ist ein Satz aus einer Resolution bemerkenswert, die der allrussische Lebensmittelarbeiterverband auf seinem Kongreß des Jahres 1922 angenommen hat: „Der Kongreß erachtet es als notwendig, in der Union, welche sich mit der Amsterdamer Internationale solidarisiert, eine Propaganda zu führen für den Abbruch der Beziehungen mit der Amsterdamer Internationale und den Uebergang der internationalen Union zum revolutionären Massenkampfstandpunkt.“

Gegen diese Auffassung hat der Vorstand sofort Stellung genommen und von den Russen eine Erklärung verlangt, ob sie an der in der Resolution niedergelegten Auffassung festhalten. Im bejahenden Falle wäre von einer Aufnahme Abstand zu nehmen. Obgleich diese Frage noch nicht beantwortet war, wurde trotzdem in Brüssel die Aufnahme vollzogen.

Der Sekretär des Russischen Lebensmittelarbeiter-Verbandes Anoll, veröffentlichte nach Beendigung des Kongresses ein Interview, das den Vorstand der Internationale zu einer Erwiderung und der Erklärung veranlaßte, daß Knoll über die auf dem Kongreß gegebene Zusage zur Mitarbeit eine andere Auffassung habe als der Vorstand. Die in Brüssel gefaßten Beschlüsse sind nicht allzu klar, jedenfalls war aber den Russen die Bedingung gestellt worden, keine Vereinigung von Verbänden innerhalb der Union zum Zwecke der Zertrümmerung der Union und des Nebenzentralen zu bilden. Ferner wurde das Internationale Mitteilungsblatt als das offizielle Organ der Union bezeichnet. Der Vorstand hatte als genauere Fassung vorgeschlagen, daß die Herausgabe einer eigenen Zeitung als Verletzung der Unionsstatuten zu behandeln sei.

Der nach dem Brüsseler internationalen Kongreß tagende Kongreß des russischen Lebensmittelarbeiterverbandes beschloß denn auch, aus der Moskauer Internationalen Propagandakommission auszutreten und das Erscheinen des Roten Lebensmittelarbeiters einzustellen.

Ueber die weitere Entwicklung einnehmen wir dem offiziellen Bericht: „Dem Austritte des allrussischen Lebensmittelarbeiterverbandes aus dem Internationalen Propagandakomitee (N. P. K.) folgte das Wiedererheben des Roten Lebensmittelarbeiters unter einem anderen Titel. Herausgeber ist das N. P. K. Die Exekutive teilte hierauf dem allrussischen Lebensmittelarbeiterverband mit, daß der von ihr an den Unionsvorstand zu stellende Antrag einfacher Natur sein wird, wenn der russische Verband nicht dafür Sorge trägt, daß das Erscheinen des Blattes eingestellt wird. In seiner Antwort verweist der Vorstand des allrussischen Lebensmittelarbeiterverbandes darauf, daß er gegen die Herausgabe des Blattes nichts unternehmen könne, da der Verband dem N. P. K. nicht mehr angehöre und sich an der Herausgabe der Zeitung nicht beteilige. Die Herausgabe könne nur dann verhindert werden, wenn sich die Union entschle, alle revolutionären Lebensmittelarbeiterverbände aufzunehmen.“

Hierzu wird vom internationalen Sekretär bemerkt: „Der Kongreß in Brüssel stellt sich auf den Standpunkt, daß die Herausgabe einer internationalen Zeitung einer Statutenverletzung gleichkomme. Der allrussische Lebensmittelarbeiterverband, der gleichzeitig Mitglied der N. P. K. ist, lehnt es ab, sich für die Unterbindung der Herausgabe zu verwenden, trotzdem das für ihn bei den bekannten Zusammenhängen der Instanzen der russischen Bewegung leicht wäre. Das Verhalten des Vorstandes des allrussischen Verbandes überbindet dem Vorstand der Internationalen Union der Organisationen der Arbeiter und Arbeiterinnen der Lebens- und Genussmittelindustrie die Aufgabe, zu prüfen, ob der Verband weiter Mitglied der Union bleiben kann.“

**Der Film. Ein Meisterfilm.**

Die „United Artists“ Gesellschaft, deren letzte Reihheiten durchwegs erstklassig waren, brachte im „Die von Bagdad“ nunmehr einen Film heraus, der neben der von Köpfer und Rissen in Berlin gefilmten „Straß“ das Beste sein dürfte, was seit Jahr und Tag auf dem Filmmarkt kam. An Meisterhaftigkeit der photographischen Ausführung übertrifft er sämtliche künstlerischen Filme der letzten Jahre. Vielleicht hat die glückliche Wahl des Stoffes viel zum Gelingen des Werkes beigetragen. Ein Märchenpiel in orientalischen Willen gibt phantastischeren Regisseuren Gelegenheit zu den originellsten Einfällen in Handlung und Dekoration. Die technische Leistung, die in den Händen von Robert Fairbanks lag, hat dem Film alle Sorgfalt zu teil werden lassen. Trotz der Untheit der Bilder hat der Film sich einen ziemlich einheitlichen Stil bewahrt. Die gewissen ständig wiederkehrenden Aufgaben und Horizonte der Durchschnittmärchen-Films trifft man hier nicht. Alles ist geclunet, die Stimmung des Märchens tatsächlich zu schaffen und so wird das ganze Geschehen auf das Niveau einer Traumrealität gehoben, die an der inneren Wahrheit der Märchenwelt festhält ohne sich, wie das so häufig geschieht, ängstlich nach der „Wirklichkeit“ umzusehen. Die Handlung ist spannend und abenteuerlich bis zum Schluß. Schon daß Douglas Fairbanks die Rolle des Königs der Diebe spielt, bringt Leben und Temperament in die Reinen und großen Geschehnisse. Man möchte dem Darsteller verschiedenster Abenteuerrollen zunächst nicht zutrauen, daß er einen Märchenheld geben kann. Er hat die Aufgabe aber glänzend gelöst. Augenblicke lang, wenn irgend eine der Diebereien imilde erscheint — die Situationen sind durchwegs glücklich festgehalten worden — glaubt man sich in einen Film veretzt, der in einer modernen Orientstadt oder in den Fremdvierteln von San Francisco oder Los Angeles spielt, undermutet und natürlich aber löst sich die Szene ins Märchenhafte auf. Der Märchenprinz liegt Fairbanks übrigens ebenso gut wie der Dieb. Etwas farblos wie in amerikanischen Filmen oft wirkt die Prinzessin (Julianne Johnson), sie begnügt sich damit durch ihre Schönheit zu wirken. Sehr gut ist in ihrer kleineren Rolle Anna May Wong als mögliche Maam. Die typischen Figuren des arabischen Märchens, die fetten Eunuchen, die Wahrsager, die negroiden Leibwachen, der verschmitzte Alte und schließlich die verschiedenen Vertreter der asiatischen Völker, vom mongolischen Chau bis zum würdigen Kaiser sind lebendig gestaltet worden. Die Szenen erinnern an die vorzüglichen Bilder, die sich in der letzterhandenen großen Ausgabe von „Tausend und eine Nacht“ finden. Der Film wirkt durch seine Ausstattung und durch die Anlage der Handlung bunt abenteuerlich und herauschend. Er ist sicher einer der prächtigsten Leistungen der neueren Filmkunst und bestärkt die Auffassung derer, die in dem Film neue Kunstwege überhaupt sehen. Gerade die dramatische Darstellung des Märchens, das ja traumhaft, gespenstisch und leise wirken soll, läßt sich auf der Leinwand eher erreichen als auf der Bühne. Hier ist es gelungen, das Fehlen der Worte als Vorzug auszunützen und wie dieses wortlose Abrollen der Bilder so wirken diese selbst durch ihre bei aller Plastik in der Fläche bleibende Unwirklichkeit; dahin, den Eindruck nicht des Ritterlebens sondern des Märchengeschehens zu schaffen — und das ist vielleicht nicht nur die Aufgabe des Märchenfilms sondern der Lichtspielkunst überhaupt.

Der heutigen Nummer liegt ein Erlagschein zwecks Einzahlung der Bezugsgebühr bei. Wir machen besonders darauf aufmerksam, daß die Einzahlung unter demselben Namen geleistet werden muß, unter welchem der Versand der Zeitung erfolgt. Es empfiehlt sich außerdem auf dem Erlagschein auch noch die auf der Zeitungsadresse angeführte

**Evidenznummer**

anzuführen. Die Bezugsgebühr beträgt monatlich K 16.—, vierteljährig K 48.—, halbjährig K 96.—, ganzjährig K 192.— und ist stets im vorhinein zu entrichten. Der Abonnementsbetrag muß längstens bis 10. in unserem Besitz sein und eruchen wir dies zu berücksichtigen, damit keine Unterbrechung in der Zustellung eintritt.

**Kleine Chronik.**

**Der Bankrott des modernen Tanzes.**

Man ist wieder einmal auf der Suche nach einem neuen Tanz, mit dem man in der kommenden Saison im Ballsaal Aufsehen machen kann. Aber man findet keinen, und der „Five-step“, den man ankündigt, dürfte sich ebensowenig einbürgern, als es die letzten Neuschöpfungen vermochten, der melancholische „Blues“ oder exotische „Samba“. In der Verzweiflung greift man wieder zu dem alten Walzer oder verkündet die „Wiedergeburt des Tango“. Alle diese Versuche können darüber nicht hinwegtäuschen, daß wir in den letzten Jahren keine wirklichen neuen Tänze bekommen haben und daß diejenigen Tanzschritte, die modern wurden, eigentlich gar nicht den Ehrennamen eines Tanzes verdienen. Diese wunderlichen Formen des Schleichens und Schließens, durch die man das Herumgehen im Ballsaal maskiert, haben die alte Tanzkultur vollständig vernichtet, und deshalb ist es nicht unberechtigt, wenn einer der führenden englischen Tanzmeister, Ernest Pettis, von dem „Bankrott des modernen Tanzes“ spricht. „Die Erfahrungen der letzten drei oder vier Jahre“, schreibt er, „haben bewiesen, daß man keinen neuen Tanz erfinden oder ihn zum mindesten nicht beliebt machen kann. Wenn man diese nutzlose Mühe aufgeben würde, so würden die Tanzlehrer sich und dem Publikum viel unnötige Arbeit ersparen, und sie könnten sich dem Studium der alten Tänze widmen, durch die man wirklich die Kunst des Tanzens erlernt. Man darf auch nicht vergessen, daß eine Tanzmode nur in engster Gemeinschaft mit der Musik geschaffen werden kann und daß das, was heute als Tanzmusik geboten wird,

nie und nimmer die Grundlage für einen richtigen Tanz abgeben kann. Wenn nicht erst wieder einmal ein neuer Rhythmus geboren wird und der Tanz seine ersten Gesetze wieder erhält, dann stehen wir vor dem Bankrott der Tanzkunst.“

**Turnen und Sport.**

**Bürger zweiter Klasse!**

Jahrelang bemüht sich schon der Verband der Arbeiter-Radfahrer-Vereine für seine Mitglieder die freie Grenzüberquerung mit Rad zu erreichen. Diese ist für die Arbeiterradfahrer von ganz besonderer Wichtigkeit, weil fast alle Vereine in den Grenzbezirken ihren Sitz haben, viele Arbeiter mit dem Rad ihren Arbeitsort über der Grenze aufsuchen müssen und der Radspurt eine arge Einschränkung durch Verweigerung des Grenzübertritts erfährt, weil er seinem Wesen nach größere Gebiete zu seiner Betätigung notwendig macht.

Regelmäßig jedes Jahr erhielten wir, so teilt uns der Arbeiterradfahrerverband mit, auf unsere Ansuchen nach vielen Urzügen und Interventionen eine Abgabe mit den verschiedensten Motivierungen. Für Arbeiterradfahrer gab es einfach keinen Grenzübertritt, trotzdem gerade diese ihn schon aus wirtschaftlichen Gründen am allermostwendigsten benötigten.

Vor kurzem brachten wir nun in Erfahrung, daß der tschechisch-nationale Radfahrerbund von der Regierung die Bewilligung erhalten hat, Grenzübertrittsbewilligungen auszustellen, mittels der die Inhaber dieser sogenannten Triptykes die Grenze mit Rad passieren können. Also nur für die Arbeiterradfahrer gibt es keinen Grenzübertritt mit Rad, wohl aber für die bürgerlichen Radfahrer. Das Interessante bei der Sache ist nebenbei, daß die Grenzorgane jeden Radfahrer, welcher die Grenze per Rad passieren will, an den bürgerlichen Verband verweisen. Dergleichen wurden die ausländischen Arbeitersportverbände bei ihren Ansuchen dorthin verwiesen. Staatliche Organe besorgen also Zutreibdienste für bürgerliche Sportverbände. Wie handhabt nun dieser Verband dieses ihm übertragene Amt als Grenzschutz. Er macht damit ein Bombengeschäft. Jeder Radfahrer kann diese Uebertrittsbewilligung erhalten, aber er muß sage und schreibe 20 K dafür bezahlen.

Nun sind wir, wie auch die beiden tschechischen Arbeiterradfahrerverbände bedeutend stärker in bezug Mitgliederanzahl und schon auf Grund dieses Umstandes hätte uns mindestens die gleiche Berechtigung gebührt. Auch haben wir im Auslande Arbeitersportverbände, mit denen wir ohne weiteres die Gegenseitigkeit hätten erreichen können, während die nationalen Verbände isoliert dastehen. Ferner sind, wie schon erwähnt, hauptsächlich die an den Grenzen wohnenden Radfahrer an dem Grenzübertritt mit Rad interessiert, und diese sind fast zur

Gänze, soweit sie organisiert sind, Mitglieder der Arbeiter-Radfahrerverbände.

Unserem Vertreter, der mit Unterstützung eines Senators beim Finanzministerium intervenierte, wurde bedeutet, ein diesbezügliches Ansuchen einzubringen, nachdem festgestellt wurde, daß tatsächlich unter Uebergehung der viel stärkeren Arbeiterradfahrerverbände dem nationalen Radfahrerverband die Bewilligung erteilt worden ist, Grenzübertrittsbewilligungen auszustellen. Aber schon bei der Einbringung des Ansuchens wurden alle möglichen Schwierigkeiten bereitet und mit Mühe und Not die Annahme desselben erreicht. Die Antwort ließ diesmal nicht lange auf sich warten und wirft ein eigentümliches Licht auf unsere Rechts- und Verkehrsverhältnisse. Es lautet:

Leitmeritz, 15. August 1924.

Finanzbezirksdirektion Leitmeritz.  
C. 18972-24.

An den Verband der Arbeiterradfahrervereine  
C. S. R.  
in Karbiß.

Das Finanzministerium hat mit dem Erlasse vom 26. Juli 1924, C. 89774, herabgelangt mit dem Erlasse der Finanzbezirksdirektion in Prag vom 5. August 1924, C. 17950, über das Ansuchen vom 21. Juli 1924, betreffend die Ausfertigung von Triptykes für Fahrräder eröffnet, daß es dem Ansuchen nicht willfahren kann, weil aus grundsätzlichen Gründen darauf beharrt werden muß, daß die Ausgabe von Triptykes für Fahrräder nur bei einem Vereine konzentriert werde.

Der Regierungsrat.

Die Arbeiterradfahrer sollen also grundsätzlich gezwungen werden, ihren Gegnern 20 K in die Taschen zu spielen und sich dafür mit ihrem eigenen Gelde belämpfen zu lassen, oder aber ein für allemal darauf Verzicht leisten, die den Radspurt drohenden Grenzbestimmungen loszuwerden. Eine Verleihung einer derartigen Monopolstellung an einen nationalen Verband, der weder in geographischer Hinsicht, noch dem Stärkeverhältnis entsprechend in erster Linie in Betracht kommt, widerspricht der primitivsten Rechtsanschauung.

Dieses Beispiel zeigt wieder einmal in krasser Form, wie man die bürgerlichen Sportverbände verhätschelt, den Arbeitern aber nur die Pflichten zuteilt. Mit einer solchen Verteilung werden sich aber die Arbeiterradfahrer niemals zufriedengeben und wir wenden uns an alle übrigen Arbeiter, und in dem Kampfe um unser Recht zu unterstützen. Diese Angelegenheit wurde im übrigen bereits unseren parlamentarischen Vertretern übergeben.

Prager Mannschaften im Ausland. D.F.C. geg. Wiener Sportklub 3 : 0 (0 : 0). Das Spiel, das auf dem Plage des Sportklubs vor 8000 Zuschauern stattfand, bestätigte die hohe Form der D.F.C.-Mannschaft, die, obwohl sie ohne ihren besten

Mann Besz spielen mußte, den Hausherren taktisch und technisch gewaltig überlegen war. Sportklub suchte durch Spieleifer und Schnelligkeit vergebens dieses Plus der Prager auszugleichen. Der beste Mann des Feldes war vielleicht Wahrer. Tore schossen Patel, Sedlatzschel und Krompholz. — Viktoria Ziklow gegen Rapid Wien 3 : 3 (1 : 1). 15.000 Zuschauer. Fünftes Spiel der Viktoria. Bei Rapid war der Angriff schwach. — I.F.C. Nürnberg gegen Sparta Prag 3 : 2 (2 : 0). Die Sparta konnte durch das fabelhafte Spiel Kadas in Nürnberg eine ehrenvolle Niederlage erzielen. Die erste Halbzeit allerdings sah für die Sparta sehr bedrohlich aus: Die Nürnberger Verteidigung bewegte sich durchwegs auf der Mittellinie. In der zweiten Halbzeit raffen sich die Prager auf und liefern das beste Spiel, das sie in der letzten Zeit in Deutschland gespielt haben.

Inländischer Fußball. Prag: Deutsche Sportbrüder gegen Radlich A. F. R. 1 : 1 (1 : 0), S. R. Siba gegen Meteor VIII 3 : 3 (1 : 1), A. F. R. Bräwice gegen C. A. F. C. 1 : 0 (0 : 0), Čechie Karlin gegen Ziklowitz S. R. 3 : 2 (2 : 2, 1 : 0), — Königgrätz: Bradek Krolow gegen Rufelsch 3 : 1; Karlsbad: S. F. R. gegen Viktoria Rusle 4 : 2, Sparta gegen Meteor VIII 6 : 2. — Troppau: Union Ziklow gegen D. S. R. 3 : 2. — Brünn: Sibenice gegen Viktoria Pilsen 7 : 4, S. S. R. gegen Krolow Pole 2 : 1, Achilles gegen Fortwärts 5 : 2, — Olmütz: Moravská Slavia Brünn gegen S. R. Slavouc 2 : 0. — Kremšic: Slavicka Slavia gegen Ostmark-Wien 3 : 0.

Ausländischer Fußball. Wien: Vienna gegen U.F.C. - Budapest 3 : 3, F. T. C. Budapest gegen Simmering 3 : 0, Wader gegen Grazer A. S. R. 1 : 0, Rudolfsbüchel gegen Hertha 1 : 0, Sokoob geg. Wiener-Neustadt 7 : 0. — Agram: M. T. S. Budapest gegen Grandjanski und Concordia Lomh. 2 : 0 (Samstag) und 2 : 0 (Sonntag). — Helfingfors: Finnland gegen Norwegen 2 : 0.

Leichtathletik. Int. Sportfest des S. C. Charlottenburg: Houben gewinnt die 100 Meter in 10.6 Sekunden vor dem Australier Caar (drei Meter zurück) und Neuseeländer Porrit (zwei Meter hinter Carr zurück). — Im Dajera-Landespiel Tschechoslowakei gegen Jugoslawien, das anlässlich des leichtathletischen Länderkampfes der Frauen beider Staaten am Sonntag in Prag stattfand, gewann die tschechoslowakische Mädchenmannschaft sicher 5 : 3 (4 : 2).

Schwimmen. Rademacher stellte beim M. A. C. Schwimmmeeting in Budapest zwei neue Weltrekorde auf: Brustschwimmen über 200 Yards in 2:35.6 und Brustschwimmen über 200 Meter 2:51. Weismüller siegte bei dieser Veranstaltung im 50 Meter-Freistil in 25 Sek.

Herausgeber: Dr. Ludwig Cesch und Karl Cerman. Verantwortlicher Redakteur: Wilhelm Riechner. Druck: Deutsche Zeitungs-K.G., Prag. Für den Druck verantwortlich: O. Soltz.

**Der Verwaltungsrat und die Direktion der Anglo-Czechoslovakischen Bank geben tieferschütterter Kunde, daß ihnen ihr treuer Freund und Berater, Herr**

**Direktor Alfred Wiener**

**am Samstag, den 23. August 1924, mitten aus rastloser Tätigkeit entrißen wurde.**

**Worte vermögen nicht das auszudrücken, was der Verstorbene — seinen Mitarbeitern ein Vorbild an Intelligenz und Pflichtbewußtsein — dem Institute gewesen ist.**

**Die großen Verdienste, die sich der Verbliebene um das Institut und um die Beamtenschaft erworben hat, sichern Ihm ein dankbares Gedenken.**

**Prag, den 25. August 1924.**